

Sozialistische Arbeiter-Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Wenn Hirsche zu Löwen werden . . .

Hirsch-Duncker-Leute für Einheitsfront

Sie fordern Sozialisierung!

Auf der Generalversammlung des Gewerkschaftsvereins Hirsch-Duncker, Abteilung Bergarbeiter Duisburg-Beeck, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die am 6. Januar 1932 tagende Generalversammlung des Ortsvereins Beeck vom Gewerkschaftsverein Hirsch-Duncker protestiert mit aller Schärfe gegen die Zerteilung an der „Eisernen Front“. Hierin sehen die Mitglieder nur einen

Versuch zur Restaurierung des total versagenden Kapitalismus, zur Tolerierung der Notverordnungs-politik der halbfaschistischen Regierung Brüning, die alle Lasten der durch das Versagen des Kapitalismus heraufbeschworenen Krise der arbeitenden Bevölkerung aufhalsen will.

Demgegenüber fordern wir den allerschärfsten Kampf mit den Organisationen und Parteien, die dieses fluchwürdige Staats- und Wirtschaftssystem stürzen wollen und an dessen Stelle das sozialistische System der Gleichheit, Freiheit und Brüderlichkeit setzen wollen.

Nur die Einheitsfront der klassenbewußten Arbeiterschaft kann uns vor dem vollständigen Untergang retten.

Wir fordern weiter sofortige Einleitung von gewerkschaftlichen Massena-ktionen mit dem Ziele der Beseitigung der faschistischen Notverordnung, sofortige Einführung der 30stündigen Arbeitswoche unter völligem Lohnausgleich und Einreihung der Erwerbslosen in den Produktionsprozeß, sofortige Wiederherstellung des Tarifrechts und volle Wiederherstellung der Arbeitslosenversicherung und Rückführung der Ausgesteuerten.

Sollten Gewerkschaftsführer diese Resolution nicht vertreten können, so mögen sie zurücktreten und die Führung solchen Kollegen überlassen, die mit der Not der Massen besser vertraut sind.“

Die Empörung, die heute die gesamte Arbeiterklasse Deutschlands durchschüttelt, könnte nicht besser zur Darstellung kommen als durch diese Resolution. Bisher gehorsame, bürgerliche Gewerkschafter beginnen, ihre Klassenlage zu erkennen und rufen zum Sturz des kapitalistischen Systems und zur Aufrichtung des Sozialismus auf. „Eiserne Front“? Nicht einmal diese Parole der freien Gewerkschaften und Sozialdemokraten vermag sie mehr auch nur für einen Augenblick zu blenden. Sie wissen deren Sinn mit dem sicheren Instinkt des Proletariats, den man zum Hungern zwingt, zu deuten. Sie sprechen es darum ganz offen aus, daß diese „Eiserne“ nur ein Schutzschild für den Kapitalismus, die mit viel Lungenkraft von ihr ausgestoßene Fanfare nur eine Chamade, ein jämmerlicher Rückzug, ein aufgelegter Betrug an der arbeitenden Bevölkerung ist. „Eiserne Front“? Jawohl, sie ist notwendig. Sie hört aber sofort auf es zu sein, wenn sie nicht identisch ist mit der Klassenfront des Proletariats und wenn sie nicht allein und ausschließlich ausgerichtet ist gegen den Kapitalismus und auf dem Sozialismus. „Nur die Einheitsfront der klassenbewußten Arbeiterschaft kann uns vor dem vollständigen Untergang retten.“ Man kann sich ohne Phantasie die langen Gesichter vorstellen, mit denen man in den Hirsch-

Dunckerschen Gewerkschaftsbüros diese Resolution der Abteilung Bergarbeiter Duisburg-Beeck gelesen hat, wie man auch, ohne mit Prophetenblick begabt zu sein, voraussagen kann, daß es schon in naher Zeit noch viele lange Gesichter geben wird. Denn die Arbeiterschaft — das zeigt die obige Resolution und gibt ihr auch ihre eigentliche Bedeutung — lebt heute in einer Verfassung, die ihr unter Umständen sehr schnell den Weg zu den richtigen Konsequenzen weisen kann.

Vor allem aber sollten freie Gewerkschaften und Sozialdemokratie — wenn sie überhaupt noch für Lehren zugänglich sind — aus dieser Resolution erkennen, daß in Deutschland die Stunde geschlagen hat, in der die kräftigste Aktion das Gebot ist. Denn wenn schon Hirsch-Dunckerische Gewerkschafter der Langmütigkeit überdrüssig geworden sind und mutig die Fahne des Sozialismus entrollen — wie ungleich stärker müßte dieser Kampfwillen in den Reihen derer schlagen, die sich in ihrer Theorie stets als Feinde des Kapitalismus und Vorkämpfer des Sozialismus deklariert haben! Entscheidend aber ist dies: nur wer im Kampf um diese Ziele vorangeht, wird die Massen hinter sich vereinen. Wer die Rufe dagegen überhört, wer den Kampfwillen dämpft und lähmt, schaltet sich selber aus und gerät mit der Arbeiterklasse in einen Gegensatz, mehr noch, er läuft Gefahr, wider eigenen Willen, ihr Gegner zu werden. Die SPD ist längst auf diesem Wege. Ihr Schicksal allein schon müßte den freien Gewerkschaften Warnung genug sein.

Eine Rede Imbuschs

Die Verstaatlichung der Bergwerke wurde von Imbusch, dem Vorsitzenden des christlichen Bergarbeiterverbandes, gelegentlich einer

Vertrauensmännerversammlung am Sonntag in Essen gefordert. Ferner übte er auch eine strenge Kritik an der 4. Notverordnung, bekannte aber im gleichen Atemzug, daß sie „einen großen Wurf“ darstelle. Das ist allerdings nicht abzustreiten. Diese Notverordnung ist ein „großer Wurf“, und zwar gegen die Arbeiterklasse und nicht zuletzt gegen die Bergarbeiter, deren Interesse Imbusch beruflich vertritt. Natürlich versäumte Imbusch auch nicht, in das jetzt allgemein ertönde Reparationsgeschrei einzustimmen: er forderte die Regierung emphatisch auf — als renne er damit nicht nur offene Türen ein, „den ehemaligen Feindstaaten klipp und klar zu erklären, daß Deutschland seinen Pflichten an Reparationen mehr zahlen werde“. Außerdem wandte sich Imbusch gegen Lohnsenkungen und Arbeitszeitverlängerung und forderte statt dessen Arbeitszeitverkürzung, ohne indessen zu verraten, was die christlichen Arbeiter tun werden, wenn der christliche Reichskanzler Brüning und der ebenso christliche Reichsarbeitsminister Stegerwald die erhobenen Forderungen nicht erfüllen, worüber doch nach gerade kein Zweifel mehr zulässig ist.

Immerhin läßt sich aus der Rede Imbuschs, namentlich aus seiner Forderung nach Verstaatlichung des Bergbaus, heraushören, daß auch im Lager der christlichen Gewerkschaften eine große Gärung und Unzufriedenheit herrscht, die nur noch durch große Worte zu bändigen ist. Aber Worte, denen keine Taten folgen, verpuffen sehr schnell in ihrer Wirkung, und so mag es Imbusch wohl gelungen sein, die Mißmutigen wieder einmal einzulullen, ohne freilich den Mißmut selbst zu beseitigen. Eine energische Haltung der freien Gewerkschaften müßte es ihnen heute leicht machen, auch in diese bisher wohlbehütete Zentrumshürde einzubrechen. — Eine Frontänderung des ADGB wäre darum auch schon aus diesem Grunde geboten.

Kabinettsrat zurückgetreten

Paris, 12. Januar.
Das französische Kabinettsrat, das am Dienstagmittag zusammentrat, hat auf Vorschlag des Ministerpräsidenten Laval beschlossen, dem Staatspräsidenten das Rücktrittsgesuch zu unterbreiten.

Im Anschluß an den Kabinettsrat, in dem das Rücktrittsgesuch des Ministeriums beschlossen wurde, ist folgende amtliche Mitteilung veröffentlicht worden:

„Der Ministerpräsident hat das Kabinettsrat über die Lage unterrichtet und über die Absicht, von der er sich am Vorabend der großen internationalen Konferenzen leiten lasse, die Gesamtheit der Regierungsparteien zur Leitung der Staatsgeschäfte heranzuziehen. Der Kabinettsrat billigte einstimmig Lavals Entschluß und sicherte ihm volle Handlungsfreiheit zu. Sämtliche Minister und Unterstaatssekretäre stellten dem Ministerpräsidenten ihre Portefeuilles zur Verfügung.“

Vor dem Kabinettsrat hatte Laval eine Unterredung mit Briand, über die Laval folgende Erklärung abgab:

„Ich hatte eine sehr freundschaftliche Aus-

sprache mit Briand. Wir sind in allen Fragen einig gewesen. Ein Kabinettsrat tritt in einer halben Stunde zusammen.“

Es ist bisher nicht bekannt geworden, wie Briands Antwort gelaute hat und in welchem Sinne die Erklärung Lavals zu deuten ist.

Erwartungsgemäß

Keine Einberufung des Reichstages

Berlin, 12. Januar.

Die von den Kommunisten beantragte vorzeitige Einberufung des Reichstages wurde heute mittag vom Aeltestenrat erneut abgelehnt, da nur die Kommunisten, Nationalsozialisten und Deutschnationalen dafür eintraten.

Arbeiterentlassungen bei Klöckner

Die Klöckner-Werke, Abteilung Mannadaet-Werke in Troisdorf, haben wegen Auftragsmangels 170 Arbeiter die Kündigung zugesagt. Die Entlassung wird am Donnerstag erfolgen. Außerdem hat das Werk einen weiteren Stilllegungsantrag gestellt, nach dessen Genehmigung im Laufe der kommenden Woche weitere 200 Arbeiter zur Entlassung kommen sollen.

Noske führt Krieg

† Berlin, 12. Januar.

Es liegt Kriegstimmung in der Luft. Da darf einer nicht fehlen. Der Herr Oberpräsident Noske natürlich! In voller Kriegsbemalung tritt der Revolutionskiller auf in der ... B. Z. am Mittag. Ein Kapitel für sich, zu dem das Reichwehrministerium die Anmerkungen liefern könnte.

Zuerst führt Herr Noske Krieg gegen die Fremdwörter, denn „für uns Deutsche haben sie oft nichts Gutes bedeutet“. Nun, der Krieg könnte harmlos sein. Fremdwörter, mag der Oberpräsident denken, sind Glückssache; in dieser Beziehung überschätzt er sich vielleicht selbst nicht. Aber weniger harmlos wird es, wenn er an die Verdeutschung geht. Herr Noske spricht ein Deutsch, das er von Adolf Hitler gelernt hat, soweit nicht natürliche Begabung jede nationalsozialistische Lehrzeit überflüssig gemacht hat. Reparation, sagt Herr Noske, das klingt schwach, aber „Kriegsbeute, die unserem Volke von den Siegern abgepreßt worden ist“, das läßt die Herzen höher schlagen! „Ziel erkannt“ — das ist was für das deutsche Heldengemüt. Wo liegt es? Den Finger drauf! Frankreich ist's, das räuberische, „das Deutschlands Vermögen in sich aufgesogen hat“. So klingt das Noske-Deutsch!

Doch es gibt ja noch ein schlimmeres Fremdwort, das der Noske an die Spitze seines Brandartikels setzt: Investigation. Erst hat er sich darunter „nichts Rechtes vorzustellen vermocht“ (als ob er überhaupt sich je was Rechtes vorzustellen vermocht hätte!), aber dann, ha, da hat er es erkannt. Investigation — das wäre die Möglichkeit, den Rüstungsstand Deutschlands durch den Völkerbund untersuchen zu lassen. Zwar ist die Zeitungsente längst erledigt, aber dem patriotischen Reiter über den Bodensee der deutschen „Belange“ wird es hinterher noch heiß und kalt. Der Schaum steht ihm vor'm Mund. Das dem harmlosen entwaffneten Deutschland zu bieten!

„Mit Recht erschlagen wie ein rüdiges Hund würde der deutsche Staatsmann, der sich mit einer neuen Untersuchung der deutschen Rüstungen abfinden wollte.“

„Es gibt nichts zu untersuchen! Es gibt auch nichts zu verbergen!“ sagt der Noske.

„Noch weiß ich etwas vom deutschen Wehrwesen und sage mit einem derben Wort: es ist dümmster Quatsch, wenn nicht verbrecherische Verleumdung, von heimlichen deutschen Rüstungen zu reden.“

„Es gibt nichts zu verbergen?“ Ei, warum denn da die Landesverratsprozesse? Ei, warum ist denn da die Durchleuchtung des Rüstungsstandes, der „vor aller Welt klar im Etat des Reiches liegt“, ein Verbrechen, das unter das Spionagegesetz fällt? Nun, wir werden die Antwort schuldig bleiben, aus begreiflichen Gründen. Und Herr Noske auch. Was kümmert's ihn? Wir haben ja nicht einmal ausgeschöpft, „was nach Versailles uns an Rüstungsmöglichkeiten blieb.“ Wir brauchen Panzerkreuzer, immer noch Panzerkreuzer. Denn: „Das gilt besonders für die kleine Marine, die uns blieb“. Noske hat Ehrgeiz. Er will den Balkenbieger Tirpitz ersetzen, als der ganz große Patriot in die deutsche Heldengeschichte eingehen. Daß er die deutsche Revolution blutig abgewürgt hat, es genügt ihm nicht. Vielleicht könnte die rote Farbe doch verblassen. „Ausbruch von

Wahnsinn mit tödlicher Wirkung" — ein Zitat aus Herrn Noskes Stille — das wäre wohl das „Ganz Große“, das „Wunderbare“! Daß Noske wieder „das Seine“ tun würde, wer zweifelt dran?

Aber wer ist schon Noske? Nun, immerhin ein Symptom. Wie die Geier in der Nähe des Schlachtfeldes! Und ein Kollege des Leipart, Kell, Schöpflin und wie sie heißen. Etwas darüber, die Lenden mit mehr Erz gegürtet — aber Fleisch von ihrem Fleisch, Geist von ihrem Geist. Dieser Noske ist noch immer ein Führer der Sozialdemokratie. Können die sozialdemokratischen Klassengenossen noch folgen?

Löbe und Groener Arm in Arm

Im Namen von 21 pazifistischen Organisationen wurde im Jahre 1928 an die Tagung der „Interparlamentarischen Union“ eine Zuschrift gerichtet, die sich auf Behauptungen stützte, die bei der Debatte über den Reichswahlrat von sozialdemokratischen Abgeordneten vorgebracht worden waren. Daß sich jetzt nachträglich der Reichswehrminister Groener noch über die „Staatsverleumdung“ entrüstet, ist nicht weiter erstaunlich. Auffallender ist aber, daß Groener sich in einem Brief an die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ auf ein Schreiben des Reichspräsidenten Löbe berufen kann, in dem dieser wackere Sozialdemokrat in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der deutschen Gruppe der Interparlamentarischen Union dem Reichswehrminister mitteilt, daß das betreffende Schriftstück „gegen den Willen der Union in ihre öffentliche Sitzung eingeschmuggelt worden ist und bei jedem der Mitglieder der deutschen Gruppe größte Entrüstung hervorgerufen hat“.

Die Interparlamentarische Union soll angeblich den Zweck haben, eine Verständigung unter den Parlamentariern der verschiedenen Staaten herbeizuführen. Das scheint mit der Bedingung verknüpft zu sein, daß schon im Jahre 1928 die ausländischen Parlamentarier nichts von der Stellungnahme der damals noch im Deutschen Reichstag vorhandenen republikanischen Mehrheit erfahren durften. Oder konstruiert Löbe die „Entrüstung“ nachträglich, weil er sich und seine Freunde vor dem Vorwurf, nicht „national zuverlässig“ zu sein, bewahren will? Auf jeden Fall: eine tapfere und achtungsgebietende Haltung!

Noch keine Gewißheit!

Letzte Meldung aus Beuthen

TU. meldet aus Beuthen:

„Während die Rettungsmannschaften auf der Karsten-Zentrums-Grube ihre verzweifelten Anstrengungen zur Bergung ihrer sieben Kollegen fortsetzen, gehen die Mutmaßungen über das Schicksal der Verschütteten weiter. In der Anteilnahme an dem tragischen Ereignis scheint sich leider vielfach auch das Bedürfnis nach Sensation zu mischen. Die übelsten Gerüchte tauchen auf und werden geglaubt. So meldet heute ein oberbairisches Blatt, angeblich auf Grund von Aussagen eines Geretteten, die genauen Einzelheiten über den qualvollen Tod zweier Bergleute unter Angabe ihrer Namen. Nach diesen Angaben hätten die Leichen der beiden Verunglückten in unmittelbarer Nähe der geretteten sieben Mann liegen müssen. Die Schilderung kann den Tatsachen nicht entsprechen, weil die Rettungsmannschaften die beiden Leichen hätten finden müssen. Bestimmt wäre ihre Bergung in den verflochtenen beiden Tagen gelungen. Die Angaben der Geretteten sind mit einer gewissen Vorsicht aufzunehmen.“

Bis 17 Uhr hat der Stand der Bergungsarbeiten keine entscheidende Veränderung erfahren.“

Die oben erwähnten Schilderungen des geretteten Bergmannes Slama, die von dem „Conti-Nachrichtenbüro“ verbreitet wurden, finden sich in der Beilage der „SAZ“.

Neues Bergwerks-Unglück

Durch eine einstürzende Wand abgeschnitten

Kassel, 12. Januar.

Auf der Zeche „Roter Stollen“ im Habichtswald bei Kassel wurden heute früh vier Bergleute durch eine einstürzende Wand abgeschnitten. Die Bergungsarbeiten wurden sofort eingeleitet.

Unverletzt geborgen!

Kassel, 12. Januar.

Zum Streckeneinsturz im Roten Stollen wird von der Zecheverwaltung mitgeteilt, daß es den Rettungsmannschaften nach mehrstündigen Bemühungen gelungen ist, zu den Verschütteten vorzudringen und sich mit ihnen zu verständigen. Es gelang dann, sämtliche verschütteten Bergleute unverletzt zu bergen.

Überschwemmung einer Sundainsel

Amsterdam, 12. Januar

Nach Meldungen, die heute hier aus Batavia eingetroffen sind, wurde vor einigen Tagen die östlich der kleinen Sundainsel Bali liegende Insel Sumbo von großen Überschwemmungen heimgesucht. Im Innern der Insel haben sich 54 Erdstürze ereignet.

Hugenberg lehrt „Parlamentarismus“

Die Ablehnung der „Nationalen Opposition“

Wie wir gleich im Beginn der Aktion des Reichskanzlers Brüning vorhergesehen haben, ist sein Versuch, von dem auch gegenwärtig noch nicht mit Sicherheit gesagt werden kann, inwieweit er als ernst gemeint anzusehen war, gescheitert.

Am Montagabend hat Hugenberg dem Reichskanzler seine Ablehnung in einem Brief mitgeteilt, der ein hübsches Lehrstück über parlamentarische Gepflogenheiten darstellt. In ihm wird Brüning vorgehalten, daß er die „Stabilität“ der deutschen Regierungsgewalt, die durch eine Verlängerung von Hindenburgs Mandat gestärkt werden soll, selbst „durch die zähe Aufrechterhaltung einer Regierung im Reich und in Preußen, hinter der keine Mehrheit des Volkes steht“, empfindlich geschwächt habe.

Hitler dagegen übermittelte dem Reichspräsidenten ein umfangreiches Memorandum, an dessen Ende gleichfalls das „Nein“, die Ablehnung von Brünings Vorschlägen, steht. Vor Entstehung des Memorandums hatte er noch dem Staatssekretär Meißner seinen Besuch gemacht.

Völlige Gewißheit über die Schritte, die Reichskanzler und Reichsregierung nun ergreifen werden, besteht noch nicht. Entgegen ganz anders lautenden Nachrichten, die unter anderem von einer Verschiebung der ganzen Diskussion bis zum Beginn der Konferenz von Ouchy-Lausanne sprechen, scheint unsere ursprüngliche Information auch für den Augenblick noch zu stimmen, daß nämlich die Reichsregierung sich bald mit einem Aufruf an das deutsche Volk, Herrn von Hindenburg die Stimme zu geben, hervortreten und daß sie den Termin für die Volkswahl so früh wie nur irgend möglich, das heißt also für etwa die Mitte des Monats Februar, ansetzen werde.

Verzichtet Hindenburg?

TU. Berlin, 12. Januar.

Der Reichskanzler hat am Dienstag nachmittag dem Reichspräsidenten Bericht über seine Verhandlungen zur Herbeiführung einer

parlamentarischen Wiederwahl des Reichspräsidenten erstattet.

Der Reichspräsident hat hierauf, wie verlautet, den Kanzler erachtet, keine weiteren Schritte in dieser Angelegenheit zu unternehmen.

Hitler hat seine ablehnende Haltung gegenüber dem Vorschlag Brünings nicht dem Reichskanzler, sondern dem Reichspräsidenten persönlich in einem Schreiben übermittelt. Das Schreiben, das lediglich zur persönlichen Unterrichtung des Reichspräsidenten dient, soll nicht veröffentlicht werden. Eine amtliche Mitteilung ist im Laufe des Abends zu erwarten.

„Volkswahl“

Weiter sagt TU: Nachdem die Bemühungen Brünings um eine parlamentarische Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten endgültig gescheitert sind, wird es sich nunmehr darum handeln, eine Wiederwahl Hindenburgs durch eine Volkswahl vorzubereiten. In den zuständigen Stellen steht man auf dem Standpunkt, daß hierfür Bemühungen von irgendwelchen amtlichen Stellen unangebracht sind, daß nunmehr alle anderen Maßnahmen aus dem Volke selbst kommen müssen. Man hält gegebenenfalls die Bildung eines Ausschusses für zweckmäßig, wie bereits seinerzeit bei der ersten Wahl Hindenburgs. Welche Persönlichkeiten für die Bildung eines solchen Ausschusses in Frage kommen, und wer die Führung dieses Ausschusses übernehmen soll, muß den Verhandlungen der in Frage kommenden Stellen überlassen bleiben. Man hält hierfür überparteiliche Organisationen geeignet. (Reichsbanner vielleicht? Red.)

Für einen Arbeiterkandidaten!

Die Initiative der Reichsregierung geht ausschließlich das Bürgertum an. Die Arbeiter interessiert das Projekt Brünings nur

insoweit, als sie schon aus dem Verlauf der in den letzten acht Tagen geführten Verhandlungen erkennen müssen, daß nun der Zeitpunkt gekommen ist, den politischen Machtfaktor, den die Arbeiterklasse darstellt, in das Intrigenspiel einzuschalten und aus der Vorzimmer-Angelegenheit eine politische Aktion zu machen.

Leider scheint der Hoffnung darauf, daß von der Arbeiterschaft dem Kandidaten Hindenburg ein antifaschistischer Arbeiterkandidat entgegengestellt werden könne, von den Kommunisten nicht allzu viel Verständnis entgegengebracht zu werden. Die „Rote Fahne“ sagt nämlich:

„Wie wir aus Kreisen des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei erfahren, wird die Kommunistische Partei bei der kommenden Präsidentenschaftswahl als einzige Partei einen proletarischen Kandidaten gegen die Hindenburg-Front aufstellen. Und das wird der Kandidat aller derjenigen sein, die gegen den Lohn- und Gehaltsabbau, die gegen die politische Entrechtung der Arbeiterschaft und des ganzen werktätigen Volkes Sturm laufen. Bei den kommenden Reichspräsidentenwahlen marschiert das proletarische Deutschland unter Führung der Kommunistischen Partei für das sozialistische Rätedeutschland.“

Wenn die Führung der Kommunistischen Partei die Einheitsfront, an deren Herstellung ihr angeblich liegt, so versteht und wenn sie sie auf dem Wege zu verwirklichen sucht, daß sie sich nicht einmal mit den anderen proletarischen Gruppen in Verbindung setzt, die durchaus willens sind, sich mit ihr über die Person des aufzustellenden Arbeiterkandidaten zu verständigen, wenn sie also versucht, vollendete Tatsachen zu schaffen, so wird das nicht zum Nutzen der antifaschistischen Kampfbewegung sein.

Die SAP wird getreu ihrem Ziel, die Klassenbewußte Arbeiterschaft zum Kampf gegen den Klassengegner zu sammeln, die Gelegenheit nicht außer acht lassen und alles tun, um dem Kandidaten des Bürgertums einen gemeinsamen zu bestimmenden Vertreter des Proletariats entgegenzustellen.

Nach Nordwolle Nordlloyd?

Ein neuer Wirtschaftsskandal

Kaum hat das neue Jahr begonnen und schon wird mit einem neuen Industrieskandal aufgewartet. Der Schauplatz ist auch dieses Mal wieder die Hansestadt Bremen, deren Straßen noch durch die übelen Dämpfe des Nordwolle-Skandals verpestet sind. Und wieder handelt es sich um einen Giganten der deutschen Industrie, den Norddeutschen Lloyd. Gegen dessen Vorstandsmitglieder hat ein Aktionär in aller Form bei der Staatsanwaltschaft Anzeige wegen

Benachteiligung der Gesellschaft und Bilanzverschleierung

erhoben.

Der Tatbestand dieses Vergehens wird in vier verschiedenen Fällen erblickt. Einmal wird der Vorstand der Aktienschiebung beschuldigt, wobei offenbar dieselben Methoden zur Anwendung gekommen sind, die man vor allem aus den Skandalen der Bewag, der Nordwolle und des Schultheiß-Konzerns kennt, und zum anderen wird geltend gemacht, daß eine Buchungsverschleierung im Falle der Bremer Rederei-Vereinigung vorliege. Die Aktiva dieses Unternehmens, so wird behauptet, bestehe hauptsächlich aus

Lloyd-Aktien und enthalte somit ein Kursrisiko, das den Aktionären verschwiegen worden sei. Der dritte Fall bezieht sich ebenfalls auf recht eigenartige Buchungsmethoden, während im vierten der Vorwurf erhoben wird, daß der Nordlloyd Aktien der Südsee-Phosphat aufgekauft habe, um sich vor Angriffen neuer Opposition zu schützen.

Der Norddeutsche Lloyd hat sofort öffentlich auf die Angriffe mit einer langen Erklärung erwidert. Es ist aber für deren Inhalt charakteristisch, daß nicht einmal die ihm gutgesinnte Presse sich damit zufrieden gibt. Tatsächlich muß der Nordlloyd so gut wie alle gegen ihn erhobenen Beschuldigungen zugeben. Nur werden da und dort besondere Umstände geltend gemacht, die aber kaum als eine Entlastung anzusprechen sind. Doch hierüber wird ja wohl im Verlauf des Prozeßverfahrens Näheres bekannt werden. Einstweilen kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß hier ein neuer Skandal im Aufbruch ist, und da es sich um ein Unternehmen von Welt Ruf handelt, so kann schon heute gesagt werden, daß seine erste Folge eine neue Vertrauenserschütterung in die deutsche Privatwirtschaft sein wird.

Fünffähriges Moratorium?

Englisch-französischer Schritt bei U. S. A.?

TU. Washington, 12. Januar 1932.

Wie in gut unterrichteten Kreisen verlautet, bereiten England und Frankreich einen gemeinsamen Schritt bei den Vereinigten Staaten in der Schuldenfrage vor. Die Mächte beabsichtigen infolge der Erklärung Brünings über die Möglichkeit weiterer deutscher Reparationszahlungen ein fünfjähriges Moratorium zu beantragen. Man erwartet, daß die endgültige Form dieses Antrages in Lausanne ausgearbeitet werden wird. (Man wird gut tun, diese Meldung mit Skepsis zu betrachten. Red.)

Wie wir belogen werden

Während die deutsche Presse die englischen Blätter sorgfältig sortiert, um am Schluß im Hexeneinmaleins mit dem Resultat herauszukommen, daß England „gar nicht überrascht“ ist und mit dem Brüning-Hitler-Deutschland offen sympathisiert, findet man in der ausländischen Presse so gewichtige Stimmen wie die des Cityblattes, der „Financial Times“, die folgendermaßen urteilen:

„Deutschland hat mit unberechtigter Geste die Fahne der Revolte gehißt, und es scheint deshalb prinzipiell wichtig zu sein, daß die übrigen Staaten, die an den Reparations- und Schuldenproblemen ein Interesse haben, gemeinsam vorgehen.“

Das klingt ja nun gerade nicht nach „Einheitsfront mit Deutschland“.

Mit treudeutschen Augenaufschlag

Der Young-Plan wird nicht „zerrissen“

Hugenberg's Telegraphen-Union meldet: Von zuständiger Stelle wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß es sich bei dem Interview des Reichskanzlers über die Tribute nicht um eine Ankündigung der Verträge im Sinne der Zerreißung des Young-Planes handelt, sondern um eine Aeußerung (wie sie ja auch der französische Ministerpräsident Laval gemacht hat), welche Stellung die deutsche Reichsregierung auf der Lausanner Tagung zu der Frage der Tribute einzunehmen gedenke.

Es sei noch hinzugefügt, daß auch der Reichsfinanzminister, Herr Dietrich, seinem hohen Chef zu Hilfe geeilt ist und dem Vertreter des United Augenzwinkernd erklärt hat, daß es gar nicht so schlimm gemeint war, daß „der Reichskanzler nicht von Deutschlands Nichtwollen, sondern von seinem Nichtkönnen spreche“. Womit ja — wenigstens nach deutscher Auffassung — alles wieder in Butter ist.

Ausnahmestand gegen Streikende

Im holländischen Enschede, dem Mittelpunkt des Textilarbeiterstreiks, hat der Bürgermeister für die Zeit von 11 Uhr abends bis 7 Uhr morgens den Ausnahmestand verhängt.

Hitler am 16. Januar Zeuge in Moabit

B.G. Vor dem Amtsgericht Berlin-Mitte findet am 16. Januar die Hauptverhandlung in der Privatbeleidigungsklage statt, die Hauptmann a. D. Stennes gegen Adolf Hitler und den Redakteur des „Angriff“, Dr. Lippert, angestrengt hat. Am Tagessitzungsrat Dr. Bues hat den Antrag Hitlers, ihn vom Erscheinen als Zeuge zu entbinden abgelehnt, da ihm die persönliche Anwesenheit Adolf Hitlers unerlässlich erscheint. Somit wird Hitler am 16. Januar in Moabit persönlich erscheinen müssen.

Mazedonier-Morde

Schießereien in den Straßen Sofias

Sofia, 12. Januar

Am Montagabend war die bulgarische Hauptstadt Sofia wieder einmal der Schauplatz eines aufsehenerregenden Mordanschlages, der diesmal dem Mazedonienführer Poptodoroff galt. Er wurde mitten im Zentrum der Stadt beim Verlassen eines Hauses vom Fenster eines gegenüberliegenden Gebäudes und von der Straßenecke her unter Kreuzfeuer zweier automatischer Gewehre genommen.

Zwischen den Angreifern und Poptodoroffs Leibwächtern, die das Feuer sofort erwiderten, entstand eine heftige Schießerei, wobei über 100 Schuß gewechselt wurden.

Poptodoroff, auf den bereits zahlreiche Anschläge verübt worden sind, konnte auch in diesem Fall unverletzt entkommen. Die Angreifer bestiegen nach wenigen Minuten einen bereitstehenden Kraftwagen und flüchteten.

Poptodoroff ist der Führer der wenigen noch lebenden Anhänger des bekannten Mazedonienführers Protogeroff, die von den Anhängern Michailoffs, der Gegenpartei, blutig verfolgt werden.

Nachdem bereits am Montagabend ein wohl vorbereiteter aber erfolgloser Mordanschlag auf den Mazedonienführer Poptodoroff, einem Anhänger der Protogeroffgruppe verübt worden ist, wurde am Dienstag vormittag

der ehemalige Wojewode Totzkoff, gleichfalls ein Parteigänger Protogeroffs, auf der Straße durch sieben Revolverchüsse getötet.

Der Mörder Todoroff, der zu flüchten versuchte, wurde von der Polizei ergriffen. Er gehört der mazedonischen Geheimorganisation „Imro“ an, so daß man annehmen kann, daß die Ausführung des Mordes von der Imro befohlen worden ist.

Russische Vorstellungen in Tokio

Der Sowjetbotschafter suchte den japanischen Ministerpräsidenten auf, um ihm seine Besorgnisse wegen der Gerüchte über die Möglichkeit eines Konfliktes zwischen dem chinesischen Kommando des Bahnschutzes in Chabin und dem Gouverneur der Provinz Kirin zum Ausdruck zu bringen.

Bergmann Slama erzählt zwischen Leben und Tod

Beuthen, 12. Januar.

Die sieben geretteten Bergleute von Carsten-Zentrum, auch die beiden Verletzten, sind wohl auf. Was sie in den 144 Stunden da unten zwischen dem Holzgerüst und den Geröllmassen durchgemacht haben, ist grauhaft.

Der gerettete Bergmann Slama erzählt:

„Wir standen unweit der Bühne am Haspel, als der Schlag kam. Durch den Luftdruck wurde der Haspel aus seiner Verzimierung gerissen und umgestülpt, die Menschen auseinandergefegt. Ich kam auf den Haspel zu liegen. Weiß wurde gegen die Wagen geschleudert. Er versuchte, sich am Wagen festzuhalten, da kam schon der Stein herunter, Riesenschlamm waren es, viele Zentner schwer. Sie klemmten Weiß die Finger fest und quetschten ihm die Beine. Wir waren ohne Licht, ununterbrochen prasselte der Stein herunter. Und dann war es still. Nur unser Schreien und das Rufen nach Licht, vermischt mit dem Geräusch des nachrieselnden Gerölls waren vernnehmbar. Nach fünf Stunden — im Finstern war man umhergekrochen — fand man eine Lampe und Streichhölzer und kam zu Licht. Man wollte Weiß befreien, konnte es aber nicht. Man hatte ja kein Werkzeug. Mit den Händen waren die mächtigen Steinblöcke von Weiß nicht wegzukriegen. Man mußte ihn seinem Schicksal überlassen!

Ueber zwei Tage und Nächte hat er gelitten, dann starb er. Kurz vor seinem Hinscheiden sagte er noch zu mir: Alfred, grüß meine Frau und das Kind!

Auf der andern Seite fanden wir Misch zwischen den Stempeln; eine ungeheure Last lag auf seinem Rücken. Mit den Fingern versuchte er, sich herauszukrallen und seine un-menschliche Last loszuwerden. Vergeblich!

Drei Tage und vier Nächte dauerte sein Kampf. Dann hatte auch er es überstanden.

Wir fanden auch noch Carbid, sparten aber sehr damit und ließen das Licht nur dann und wann brennen.

Den zweiten Schlag hatten wir gespürt. Es kamen aber keine Steine mehr nieder. Am Schlauch des Haspel, in den wir Löcher geschnitten hatten, netzten wir uns die Lippen. Wir hatten uns durch das Geröll und durch das zerbrochene Holz zusammengefunden, fanden aber einen etwas Sicherheit bietenden Winkel und sicherten uns noch ein wenig mehr durch Aufstellen von Holz. Das einzig gute war, daß wir vom Haspel Luft hatten.

Und dann kam die Verzweiflung auf

Nur Starzinski schlief meistens. Ich selbst habe die sechs Tage hindurch kaum acht Stunden geschlafen. Ich getraute mich nicht zu schlafen, weil ich Angst hatte, die anderen könnten übereinander herfallen. Nowak war schon so verzweifelt, daß er sogar mit Steinen werfen wollte.

Immer wieder faßte mich die Hoffnung. Ich konnte die Ruhe aufrechterhalten, und wenn dann und wann das Verzweiflungsgeschrei zu arg wurde, wiederholte ich immer nur: „Seid doch ruhig, sie holen uns raus!“ Manchmal schien es mir, als wären wir alle schon wahnsinnig. Halb waren wir es auch durch den schrecklichen Durst. Und Hunger hatten wir! Wir hatten nichts zu essen. Tabak, Holz, Rinde haben die anderen gekaut, ich an meinem Gummigürt, und wenn der Schrei nach Wasser gar zu schlimm wurde, versuchte ich, die Kameraden zu beruhigen, indem ich sagte: „Aber sei doch schon ruhig, du hast ja gerade eine Flasche Wein getrunken!“ Die anderen waren schon so wirr, daß sie glaubten, was ich ihnen vorsagte. Gut war es, daß wir keine Uhr hatten. Die Tage zählte ich dadurch, daß ich an der Preßluftleitung erkannte, wann es Nacht war, denn dann war das Rohr kälter, die Luft kühler. Manchmal kam es zu ganz gefährlichen Situationen, doch meisterte ich noch immer die halbwirren Gemüter. Einmal

sagte einer, nun wäre der dritte Tag. In Wirklichkeit war es aber schon der sechste. Wenn ich das gesagt hätte, wäre der Teufel losgewesen. Infolge der dauernden, verzweifelten Unruhe hörten wir erst kurz vor dem Durchbruch das Bohren der Rettungsmannschaft.

Der Sonntag war herangekommen. Ich sagte mir, wenn man uns nicht bis zum Abend herausholt, würde ich verrückt, denn es wurde mir schon ab und zu schwindelig.

Einmal wollte man schon Draht suchen, um sich daran aufhängen zu können, oder sich die Pulsadern damit zu durchschneiden.

Und dann schlug die Rettungskolonne durch. Den Hauer Konooka erkannte ich zuerst. Trinken wollten wir, trinken, trinken! Man reichte uns Kaffee herein. Die Flasche mußte dreimal gefüllt werden.

Dann holten sie einen um den anderen heraus.“

Pfeffer gefährdet die Republik!

Leipzig, 12. Januar.

Am 15. Juli letzten Jahres wurde nach einer kommunistischen Versammlung in Grotzsch ein Umzug veranstaltet. Versammlung und Umzug waren nicht genehmigt. Die Polizei griff ein und nahm einen Arbeiter Willy Lorenz, und einen Arbeiter, Reinhold Voigt aus Pegau fest. Voigt hat in der Versammlung gesprochen. Ihm war aber nicht nachzuweisen, daß er gewußt habe, daß es sich um eine nichtgenehmigte Versammlung handelte.

Bei Lorenz aber fand man eine Tüte mit gemahlenem Pfeffer. Das Schöffengericht nahm an, daß dieser

Pfeffer dazu bestimmt war, bei Zusammenstößen mit Andersdenkenden als Abwehrmittel Verwendung zu finden(!). Es verurteilte deshalb den Voigt wegen verbotenen Waffentragens im Sinne der Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. März 1931 zu drei Monaten Gefängnis.

Und damit hätte nun unsere sogenannte „republikanische“ Justiz endlich wieder die „Höhe“ der kaiserlichen Rechtsprechung während des Sozialistengesetzes erklimmen...

Südwest-Mecklenburg überschwemmt

Schwerin, 12. Januar.

Südwest-Mecklenburg wird in diesem Jahre wieder von einer großen Ueberschwemmung heimgesucht, die durch den anhaltenden Regen und die zu gleicher Zeit einsetzende Schneeschmelze sowie den Rückstau der Elbe verursacht wird. Die Wiesen, die niedrigen Felder und Gärten in der Nähe der Ortschaft Redefin bei Hagenow gleichen einem See. Die niedriggelegenen Geschäfte sind vollständig vom Wasser eingeschlossen. Der Roggen steht zum großen Teil unter Wasser. Auch die Hamburg-Berliner Chaussee wird an einigen Stellen überspült. Durch rechtzeitige Vorkehrungsmaßnahmen konnte bei Redefin ein Deichbruch der Sude, eines Nebenflusses der Elbe, verhindert werden. Es scheint jedoch, als wenn der Wasserstand, falls keine weiteren Regenfälle eintreten, seinen Höhepunkt erreicht hat.

Folgen einer Unsitte

Gladbeck, 12. Januar.

Die so oft gerügte Unsitte von Kindern, sich an fahrende Wagen und Autos anzuhängen, hat hier gleich zwei Todesopfer gefordert. Die beiden zehn und zwölf Jahre alten Helmuth und Herbert Reich, die gestern nachmittags ihrem Vater das Essen zur Arbeitsstelle bringen sollten, erkletterten einen in Fahrt befindlichen Lastkraftwagen, stürzten ab und wurden von dem Anhänger überfahren. Beide Jungen erlitten so schwere Verletzungen, daß der eine bereits auf dem Wege zum Krankenhaus, der andere, Kurt, nach seiner Einlieferung verstarb. Den Führer des Lastzuges trifft, wie die Untersuchung ergab, keine Schuld.

Ein menschliches Skelett

Oberstein (Nahe), 11. Januar

Im Walde zwischen Oberstein und Idr wurden am Sonnabend von erwerbslosen Holzsammlern an einer aufgeweichten Stelle des Bodens von einer menschlichen Leiche stammende Knochen gefunden. Die Polizei stellte weitere Nachforschungen an und förderte ein vollständiges Skelett zutage. Ueberraschend schnell ist es jetzt der Polizei gelungen, die Persönlichkeit des Toten festzustellen. Es handelt sich um den am 1. November 1903 geborenen Goldarbeiter Richard Juchen. Dieser hatte am Nachmittage des 27. April 1929 Oberstein verlassen, um nach Saarbrücken zu fahren. Seit dieser Zeit hatte man nichts mehr von ihm gehört. Die schnelle Identifizierung der gänzlich verwesenen Leiche war möglich an Hand der bei ihr gefundenen Gegenstände. Da sich darunter 120 Mark in Silber befanden, dürfte ein Raubmord auszuschalten sein. Die polizeilichen Ermittlungen haben noch zu keiner Klärung dieser Angelegenheit geführt.

Aufklärung einer Bluttat

Winsen/Luhe, 12. Januar

Die Obduktion der Leiche der Witwe Hermann, die mit durchschnittener Kehle gestern in ihrer Wohnung in Borstel tot aufgefunden wurde, hat ergeben, daß Frau Hermann die Tat selbst begangen hat. Die unter Mordverdacht festgenommene Tochter wurde sofort aus der Haft entlassen. Die Gründe für die Tat dürften in familiären Zerwürfnissen zu suchen sein.

Wiederaufflackern des Brandes im Stuttgarter Schloß

Stuttgart, 12. Januar.

Nachdem erst am Montag die Feuerwehr von den Brandtrümmern des Alten Schlosses, (endgültig, wie man hoffte) zurückgezogen worden war, brachen am Dienstag vormittag im nordöstlichen Turm erneut Flammen hervor, die aber durch die sofort wieder herbeigeeilte Berufsfeuerwehr erstickt werden konnten. Jetzt wird wieder eine Feuerwehrabteilung am Brandplatze bereitgehalten; auch die polizeiliche Bewachung bleibt bis auf weiteres bestehen. Es ist nicht anzunehmen, daß das Feuer weiteren Umfang annehmen wird, da der Brand in dieser Form noch wochenlang unter der Decke fort dauern kann.

Kinobrand — 2 Todesopfer

Oedenburg, 12. Januar

In dem Kinotheater der Gemeinde Marz im Burgenlande entstand gestern ein Brand, wobei mehrere Zuschauer Verletzungen erlitten. Von den ins Spital nach Wiener-Neustadt gebrachten Personen sind zwei ihren Verletzungen erlegen.

Schlafmittel im Whisky

Amsterdam, 12. Januar.

In einem Rotterdamer Hotel wurden vor einigen Tagen zwei englische Gäste während des Schlafes um einen Geldbetrag von über 100 Pfund bestohlen. Die Untersuchung ergab, daß der Oberkellner des Hotels den Gästen und einem bei ihnen zu Besuch weilenden Deutschen ein Schlafmittel in den Whisky geschüttet hatte, um später den Diebstahl begehen zu können. Der Deutsche wurde in der gleichen Nacht in einer öffentlichen Anlage auf einer Bank fest schlafend angetroffen. Der Oberkellner leugnete zunächst, legte aber später ein Geständnis ab.

Fünf Menschen ertrunken

Am Sonntag kenterte vor Tromsø ein Boot mit fünf Insassen. Alle fünf Personen, ein 40jähriger Mann, zwei junge Männer und zwei junge Mädchen, ertranken. Zwei Leichen sind bisher angetrieben.



Hurra Germania!

Die „Germania“ ist das literarische Reichsreptil der deutschen Katholiken. Politisch lebt das Blatt etwa in der Zeit Bismarcks; feuilletonistisch bei Thomas von Aquino. Wenn sich dieses Blatt nunmehr mit Angelegenheiten des Rundfunks beschäftigt, so kann das nicht gut gehen. Wir lesen die Rundfunkkritik eines guten katholischen Christen:

Was ich im Rundfunk nicht mehr hören möchte. Ein Morgenkonzert von 7-8, das beginnt mit „Jesus meine Zuversicht“ und endet mit „Ja, so ist sie, die Dubarry“.

Das Nauener Zeitzeichen, es quetscht wie ein krankes Mäuschen, keine kann die Uhr danach stellen und die Zeit ist sowieso nicht richtig.

Wetterberichte, die von Zyklopen über Island, einem Tief über den Azoren, von Kälteeinbrüchen, Luftdruckfall, Strahlungsvorgängen handeln, ich will wissen, ob ich den Schirm mitnehmen muß und ob ein Ueberzieher notwendig ist.

Die Ergebnisse der französischen Pferderennen, daß ein Pferd schneller läuft wie das andere, war schon dem Türkensultan bekannt, wo Frankreich uns kein Geld leiht, können uns auch seine Pferden gestohlen bleiben.

Einständige Musikstücke, zum Beispiel Sinfonien, das stört beim Skatspiel, und selbst die Zuhörer schlafen ein. Schallplattenkonzerte, in denen der Stiff oder der Litboy des Pankhauses die Reihenfolge bestimmt. Sie gleichen dem Heringssalat oder der Dorfstraße bei Tauwetter.

Die Nachricht von einem Autobusunfall in der Mandschurei, vom Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen dem Negerstamm „Realtesktra“ und der Nilkolonie „Freunde der Krokodile“, von einem Einlenken Frankreichs und einem Nachziehen Amerikas.

Schweinefleischpreise, Aktienkurse, Ergebnis der Butterversteigerung, Devisennotierungen, alles das erfahre ich bei Bedarf noch viel zu früh.

Das Abstimmungszeichen ...

So, das ist zwar noch lange nicht alles, da ist noch viel mehr überflüssig, sogar der Ansager, aber wir haben daraufhin uns das Funkprogramm eines beliebigen Tages angesehen, und siehe, was blieb übrig?

Das Leben des heiligen Franz von Assisi, die Kinderstunde und ein Interview mit dem Rätselönkel.

Das will der gute Katholik vom Rundfunk haben. Außerdem kam noch ein Oratorium in Frage, aber das stört wieder beim Skatspielen.

Christliches Rundfunkniveau! Horror Germania!

Volksbildungsminister verbietet Volksaufklärung

Braunschweig, 11. Januar.

Der braunschweigische Minister für Volksbildung hat folgende Verfügung erlassen:

„Aus bestimmtem Anlaß verbiete ich sämtlichen Schulen des Freistaates Braunschweig mit sofortiger Wirkung jede Verwendung des Buches von Remarque „Im Westen nichts Neues“ als Klassenlesstoff oder sonst im Unterricht. Das Buch ist aus allen Schulbüchereien sofort zu entfernen.“

Ausbau der russischen Wasserwege

Moskau, 8. Januar.

Wie die sowjetamtliche Telegraphenagentur mitteilt, hat die Regierung beschlossen, angesichts der schwierigen Lage der Eisenbahn dem Ausbau der Wasserwege die ganze Aufmerksamkeit zu widmen. Es sind im laufenden Finanzjahr 420 Millionen Rubel bereitgestellt worden, von denen 275 Millionen für den Ausbau der Flußwege und 145 Millionen für den Seeverkehr veranschlagt wurden. Ein besonderes Programm sieht eine weitgehende Mechanisierung der Hafeneinrichtungen, den Bau neuer Schleusen, Dämme usw. vor.

Schiewecks phantastische Erzählung

Breslau, 12. Januar.

Aus der Mordsache Pohl ist eine Mordsache Schieweck geworden. Das hat die Verhandlung seit dem Lokaltermin immer deutlicher ergeben. Da aber Schieweck sein Geständnis am Sonnabend widerrief, das Geständnis, das der Grund zum Wiederaufnahmeverfahren gegen Pohl wurde, rückt die Frage in den Vordergrund, ob dem Geständnis oder dem Widerruf Schiewecks größere Bedeutung beizumessen sei. Die Montagverhandlung beginnt mit der Vernehmung einiger Kriminalbeamter, die Scholz, der Schieweck kurz nach der Tat getroffen hatte, zuerst vernommen haben. Scholz hörte seinerzeit, wie Schieweck vor sich hinsprach: „So, der habe ich aber einen Stich versetzt“. Aber während Scholz bei dem ersten Verhör einen Zeitpunkt für diese Begegnung angab, die mit der Zeit der Tat übereinstimmte, gab er später eine andere Stunde an.

Es beginnt hierauf ein einstündiges Verhör Schiewecks. Frage auf Frage richtet der Verteidiger Pohls an Schieweck. Schieweck weicht aus. Aber auf die Frage, warum er das Geständnis widerrufen habe, äußert er bald, er habe es in der Hoffnung getan, er komme in eine Irrenanstalt, bald, er habe es nur deswegen getan, weil er die Hauptbelastungszeugin Pohls nicht in den Verdacht des Meineids bringen wollte. Rechtsanwält Dr. Salz: So, sie schützen die Lerch, um sie nicht meineidig zu machen; aber Sie machen ohne Bedenken die Kriminalbeamten meineidig? Schieweck antwortet, die Gerichtsbeamten hätten für Meineide einen Freibrief, Privatpersonen nicht. Für die Sicherheit, mit der er beim ersten Lokaltermin der Weg zum Mordhaus fand, weiß er keine Erklärung. Die genauen Begebenheiten der Tat und im Tatzimmer aber will er von Schmidt wissen. Und dieser wiederum sei von einem Zeitungsberichterstatter informiert, der die Tat beobachtet haben müsse. Es erübrigt sich, auf dieses phantastische Geschwätz einzugehen.

Schieweck bekennt sich auf alle entscheidenden Fragen hin unwissend, das ist das Ergebnis. Rechtsanwält Dr. Salz: „Aber was Ihnen der Schmidt gesagt hat, ist Ihnen gerade haften geblieben?“ Schieweck: „Ja, das war mir von Interesse“. In die Enge getrieben, erklärt Schieweck schließlich: „Ich weiß jetzt nichts mehr, ich möchte bitten, abgeführt zu werden“. Er sei nicht mehr imstande, zu denken. Er habe „wahnsinnige Kopfschmerzen“. Und er müsse doch einen „klaren Kopf“ haben. Schieweck erklärt sich jedoch bereit, am Mittwoch Bescheid zu geben. Daraufhin wird er abgeführt. Die Verhandlung wird auf Mittwoch vertagt, um dem Staatsanwalt und dem Verteidiger Gelegenheit zur Ausarbeitung ihrer Plädoyers zu geben. Im Laufe des Mittwoch soll auch das Urteil erfolgen.

Feuilleton der SAZ

Ein Arbeitsloser namens Goethe

Betrachtung zum Goethejahr

Von Herbert Dückstein

Das Ausland liefert einen nicht uninteressanten Beitrag zum Goethe-Jahr. Seit Anfang Januar befinden sich in einer Kinderübernahmestelle in Wien zwei kleine Jungen, fünf- und siebenjährig. Der eine hat obendrein die Schafblättern, weswegen sie, isoliert von den übrigen Kindern, hinter einer Glaswand spielen müssen. Sie heißen Fritz und Theodor Goethe. Der Vater Theodor Hermann Goethe ist arbeitslos und lebt in ärmsten Verhältnissen. Er hat mit einem gewissen Wolfgang von Goethe einen gemeinsamen Ur-ahn, Hans Goethe, der von 1604 bis 1686 in Artern in Thüringen gelebt hat. Ein Familienzweig gelangte von Thüringen aus nach Frankfurt am Main, der andere über Naumburg und Dresden nach Wien.

Die Situation 1932: man feiert die Erinnerung an einen Spross des Frankfurter Zweiges, man läßt fast verhungern den Sproß des Wiener Zweiges mit seinen vier kleinen Kindern. Wolfgang ist aus der Kultur des bürgerlichen Europa nicht fortzudenken, Theodor Hermann ist ein Opfer dieser „Kultur“ des bürgerlichen Europa. Europa steht gegen Europa, Kultur gegen Kultur, Materie gegen Geist, Masse gegen Individuum, Goethe gegen Goethe. Wer hat stärkeren Anteil an der Bildung des zukünftigen Europa, Theodor Hermann oder Wolfgang? Der Hunger oder die geistige Tradition? Welches ist heute die stärkere Kraft: der Wille zum Neubau oder der Wunsch nach Erbauung?

Die bürgerliche Presse schreibt sentimentale Schmarren über die Tatsache, daß ausgerechnet im Goethejahr 1932 sozusagen Verwandte des Olympiers in einem Arbeiterbezirk

Wiens wohnen und Not leiden müssen. Journalisten und Oberlehrerinnen aller Berufe und Geschlechter werden eine Defiliercour vor jener Glaswand in der Kinderübernahmestelle machen, die Kinder anzustarren, in deren Adern — man denke! — Blut vom Blute des Faustdichters rollt. Und sie werden darüber nachdenken, wieviel sie geben würden, selbst Verwandte jenes Mannes zu sein, der dem Jahre 1932 zu einem Kennwort verholfen hat. Auch das Elend und die Not einer arbeitslosen Familie würden sie mit in Kauf nehmen. Gewiß, sie würden es — Gedanken sind unverbindlich — tun.

Was nützt dem Menschen das Bewußtsein, Verwandter des großen Goethe zu sein, wenn er nicht satt zu fressen hat?

Da werden die bürgerlichen Feuilletonredaktionen überhäuft mit spitzfindigen Vorschlägen, wie wohl die Erinnerung an Goethe im Notjahr 1932 am würdigsten gefeiert werde. Literarhistoriker zücken die Füllfederhalter, Festredner neben bekränzten Gipsbüsten schnappen nach Luft. Postsekretäre stäuben 60 cm leinwandgebundene Bände im Bücherschrank ab, und auf Kommessen reiben Studenten auf den nationalen Goethe einen Salamander. Und zu gleicher Zeit werden in einer Häuserschlucht in der Vorstadt demonstrierende Arbeiter zusammengeschossen. Im Goethejahr 1932!

Nein, ich mache hier nicht den Vorschlag, daß die sozialempfindende Bourgeoisie (eine andere hat es nie gegeben!) in Artikeln und Reden den Goethetaumel dämpft durch den Hinweis auf die Tatsache, daß in Wien Nein, sie wird es sowieso tun, denn wie sollte

man in einem brennenden Hause sich ganz passiv verhalten können? Mir klingen die gedämpften Flötentöne schon jetzt im Ohr, — die demokratische Frau Schuldirektorin in der Aula vor den höheren Töchtern: „Zum Schluß wollen wir bei unserer Goethefeier nicht vergessen, daß in Wien . . .“ — Und der kleine Bildungsphilister: „ . . . selbst ein weitläufiger Verwandter von Goethe . . .“ — Und der Naziredner: „Auch Oesterreichs Tributlast —!“ Auf den Arbeitslosenämtern könnte ich mir am Schwarzen Brett ein neues Schild vorstellen: „Erwerbslose, seid verantwortungsbewußt, tröstet euch im Goethejahr 1932 mit einem erwerbslosen Kollegen namens —!“

Der Name Theodor Hermann Goethe wird in diesem Jahr noch eine große Rolle spielen. Dieser Hinweis wird eine Flut tränentriefender Artikelserien im Gefolge haben. Wir gönnen gern dem arbeitslosen Goethe, daß sich ein pietätvoller und literaturbeflissener Chef dieses einen erbarmt.

Aber er ist nur ein einzelner unter Millionen. Das Jahr 1932 darf nicht nur ein Erinnerungsjahr sein, es soll es auch bleiben! Einmal muß doch die Wirtschaftsbarbarei ein Ende nehmen.

Wilfried-Basse-Filme

Uraufführung in der Berliner „Kamera“ (Unter den Linden).

Arnold Höllriegel: „Kulturfilm: Die Bezeichnung klingt ehrenvoll, soll aber meistens eine Herabsetzung bedeuten.“ Wirklich, Kulturfilme pflegen in der Regel Ausgeburten der Langweiligkeit und des Stumpfsinns zu sein. Eine Landschaft — Laterna-magica-Primitivität — mit zappelnden Marionettenfiguren. Die Schöpfungen Wilfried Basses (auch Kulturfilme!) sind jene Ausnahme, die die Regel bestätigt. Wilfried Basse ist nicht Handwerker, er ist Künstler. Er hat Sinn für das Wesentliche, er hat Einfälle und Ideen, er trifft die Pointe, er besitzt Kühnheit und Originalität des künstlerischen Menschen.

Dr. Rudolf Arnheim, der kluge Worte zu den Filmen sprach, erinnerte an die Verwandtschaft mit Russenfilmen. Das trifft für das Thema zu (Die Welt des arbeitenden Menschen) und die Gestaltung (realistisch, erdnah, sinnlich, durchblutet). Charakteristisch für Basse sind die Szenen am Wittenbergplatz. Budenstadt, ein Pferdekopf, ein biertinkender Markthelfer (wobei ich Durst bekam), eine schmatzende Frau (ihr Brot schmeckte auch mir), eine heftig popelnde Marktfrau, eine Pfütze, in der sich die Sonne spiegelt — so hatte ich das alles noch nie gesehen. Alle Dinge und Kreaturen haben von dem Künstler Besitz genommen und haben sich zu einem wundervollen Mosaikbild verdichtet: Alltag. Wir sehen alles mit den Augen des Künstlers: nicht idealisiert, nein, unerbittlicher, kühner. Keine häßliche Pose, sondern Entdeckung der Hinterfronten, der Abseitigkeiten, des Wahren. So müssen Kulturfilme gedreht werden! —stein.

Reisen-Erscheinungen im katholischen Verlagswesen

Auch im katholischen Verlagswesen bricht es an verschiedenen Ecken. Der Zusammenbruch des Hellaauer Verlages Jakob Hegner bedeutet für die zeitgenössische katholische Dichtung einen schweren Schlag. Fast noch ernster als auf dem Gebiet des Buchverlags hat sich die Krise bei den großen katholischen Kulturzeitschriften ausgewirkt. Eine ganze Reihe literarisch-kultureller Monatschriften sind eingegangen. Die Zeitschrift „Pflug“ und das Blatt „Orplid“ haben ebenfalls das Zeitliche gesegnet. Wenig später mußte auch der literarische Handweiser des Verlags Herder als letzte, rein literarisch-kritische Monatschrift des deutschen Katholizismus die Einstellung des Erscheinens ankündigen. Wirtschaftlich bedroht sind auch die Zeitschriften „Schildgenossen“ und „Heiliges Feuer“, während „Hochland“ und „Gral“, wenn auch unter großen Schwierigkeiten sich bis jetzt behaupten können. Sehr überraschend für die Allgemeinheit, wenn auch nicht für die mit der inneren Lage des deutschen Pressewesens vertrauten Kreise, kommen die Krisenerscheinungen in der katholischen Tagespresse. Die Einschränkung des Umfangs der „Germania“ ist nicht zufällig. Wo die Krise halt machen wird, ist nicht zu übersehen, jedenfalls sind die hier aufgezeigten Erscheinungen ein Beweis dafür, daß auch der Katholizismus von der Krise nicht verschont bleibt. Sollte diese Erscheinung etwa in Zusammenhang zu bringen sein mit dem Geschrei über den „Kultur bolschewismus“?

Kleines Feuilleton

Das kann ja nett werden!

Der Tod Schlageters bildet das Motiv eines neuen Tonfilms, dessen Libretto Dr. Roland Schacht zur Zeit in Arbeit hat.

Mussolinis Fiasko als Dramatiker.

„Die hundert Tage“, das neueste Napoleon-Drama Mussolinis, das seit 50 Tagen im Pariser „Théâtre Ambigu“ gespielt wird, ist plötzlich vom Spielplan abgesetzt worden. Der Besuch nahm von Tag zu Tag ab, und in der letzten Woche wurden im Durchschnitt nur noch 50 Personen in jeder Vorstellung gezählt, wobei überdies dahingestellt bleiben mag, wieviele dieser 50 Besucher ihre Eintrittskarten bezahlt haben.

Auch ein Rekord

Eine bürgerliche Korrespondenz meldet: „Silvesterfeiern werden gewöhnlich von Leuten begangen, die etwas vom neuen Jahr zu erwarten haben. Um so origineller erscheint eine Silvesterfeier, die in London stattgefunden hat. Sie hatte nicht weniger als 976 Greise vereinigt, deren Gesamtalter die ehrwürdige Zahl von 70 591 Jahren betrug. Trotz ihrem hohen Alter zeigten die Greise einen ungewöhnlichen Appetit; denn sie vertilgten 800 Meter Wurst, mehrere hundert Brathühner, 1500 Wiener Schnitzel und 175 Kilogramm des traditionellen und schwer verdaulichen Plumpuddings.“

Von 150 Jahren —



wurde im Mannheimer Nationaltheater Schillers revolutionäres Jugenddrama „Die Räuber“ uraufgeführt. Aus Protest gegen die neueste Notverordnung versuchte das Theater unlängst, eingedenk seiner besseren Vergangenheit, abzubrennen. Der Selbstmordversuch mißlang.

Maria Leitner



Copyright by Neuer Deutscher Verlag, Berlin W 5

19. Fortsetzung

„Allerdings, man hätte Sie sicher zum Dank für Ihre Verdienste befördert.“
„Fabelhaft, man hätte mich vielleicht an die Kasse gesetzt, es wäre zu schön gewesen. Leider habe ich diese Gelegenheit verpaßt. Aber ich begreife ganz gut, was Sie wollen. Unsereins soll Heringe verkaufen, in die Kirche gehen und darauf warten, daß Sie uns wieder rufen, um Ihre Geschäfte zu realisieren. Danke! Ich weiß heute, was ich zu tun habe. Ich will über den Kleinlichkeiten des Lebens stehen. Ich will auch über die Welt eine Ubersicht haben, und wenn es soweit ist, viel Geld verdienen und nicht im Dreck liegen.“
„Sie wollen? Nichts ist leichter als zu wollen, nichts schwerer als zu können. Bitte, führen Sie Ihre Projekte durch, aber wenn Sie dabei auf meine Hilfe bauen, so haben Sie sich schlimm verrechnet.“
„Nun gut, Sie wollen den Kampf, ich werde auch Marjorie nicht schonen können.“
„Ich verbiete Ihnen, meine Tochter beim Vornamen zu nennen.“
„Warum denn? Unsere Beziehungen waren die intimsten. Auch das wird aus den Briefen erhellt werden.“
„Wie gemein! Sie haben meine Tochter hypnotisiert. Das, was sie getan hat, ist mir rätselhaft.“
„Wie sollten Sie auch Marjorie verstehen? Marjorie ist nicht Ihre Tochter, — zucken Sie nicht zusammen, Herr Strong, ich meine es nicht wörtlich. Sie ist eine Tochter des

Krieges. Eine vollkommene Repräsentantin jenes Typus, den Sie mit erhobenem Zeigefinger als „flammende Jugend“ bezeichnen. Aber im Grunde ist sie alles eher als „flammende Jugend“. Sie gehört zu jenen, die an nichts glauben und die doch alles besitzen wollen. In ihren Nerven lebt nur die Gewiltheit der Ungewiltheit. Sie will noch schnell alles an sich raffen, was sie kann. Und ihr Wahlspruch lautet, wie auch meiner: Nach uns die Sintflut, nach uns der Weltuntergang.“
„Ich habe Sie zusprechen lassen, Herr, denn man soll nie die Mühe scheuen, auch seine kleinsten Feinde kennen zu lernen, das ist mein Wahlspruch. Die Zeit, die ich Ihnen gewidmet habe, genügt, ich wünsche aber nichts mehr von Ihnen zu hören.“
„O ja, das glaube ich gern. Ich habe meine letzte Karte noch nicht ausgespielt. Vergessen Sie nicht, Herr Strong, die Briefe könnten auch Ihre gegenwärtigen Verhandlungen ungünstig beeinflussen.“
„Spielen Sie nur ruhig Ihre Karten aus, junger Mann. Sie sind naiv, Sie ahnen ja nicht, wie wenig gefährlich Sie sind.“
Herr Fish fühlt sich verletzt, er greift schnell nach seinem Briefpaket, als müßte er befürchten, daß es ihm durch ein Zauberstückchen entwendet worden sei. Doch noch ist es da. Und Herr Fish verzicht sich.
Wenn er allerdings Gelegenheit gehabt hätte, Herrn Strong zu beobachten, den er allein im Zimmer ließ, hätte er doch einige Genugtuung empfunden.

Denn Herr H. W. Strong verzog wütend sein Gesicht und zischte zwischen den Zähnen: „Man erlebt an seinen Kindern nur Aerger.“
Dem herbeigeklingelten Sekretär gibt er Anweisung, daß dieser gefährliche junge Mann keine Gelegenheit finden möge, sich Marjorie oder Frau Strong zu nähern.

Seine Leute bekommen ferner den Auftrag, Herrn Fishs Tun und Lassen zu verfolgen, vor allem herauszufinden, ob er hier im Hotel wohne und mit wem er in Verbindung stände.

Die Hoteldetektive sind stolz, Herrn Strong die Notwendigkeit ihrer Existenz beweisen zu können.

Man wußte, daß Herr Fish hier im Hotel dieselbe Etage bewohne wie Herr Strong, und daß er vergebliche Versuche gemacht habe, ein Zimmer neben dem Strongschen Apartment zu bekommen.

Man hatte auch schnell herausgefunden, daß Herr Fish heute morgen in der Frühstücksstube eine längere Unterhaltung mit dem dort beschäftigten Kellner hatte, der den Spitznamen der „schöne Alex“ führt.

So hat die Unterredung zwischen Herrn Strong und Herrn Fish noch ein Nachspiel in der Frühstücksstube.

Dieses Mal ist es ein Sekretär des Herrn Strong, der sich unbedingt angelegentlich mit dem „schönen Alex“ unterhalten will.

Er versucht, ihn vorsichtig über das Gespräch, das er mit Herrn Fish geführt hatte, auszuholen.

Der „schöne Alex“ zieht es vor, sich zuerst schweigsam zu verhalten. War vielleicht jener Mann, der um jeden Preis zu der Hochzeit hineingeschmuggelt werden wollte, doch ein Juwelendieb oder sonst ein Krimineller? Und dieser Neugierige, der ihn so viel fragt, ist er ein Kriminalbeamter?

Der „schöne Alex“ beschließt, schweigsam zu bleiben. Er trauert wehmütig dem in Aussicht gestellten Gewinn nach. Ja, so war es nun in der Welt: einmal konnte er hoffen,

ohne Arbeit einen Verdienst einzuheimen, und nun sollte es sich sicher herausstellen, daß nichts zu machen sei. Jetzt mußte er den Unwissenden spielen, denn er hat keine Lust, etwa seine Stellung zu verlieren.

Aber es sollte anders kommen, als der „schöne Alex“ befürchtete. Der Neugierige bleibt sitzen und wartet ab, bis sich die Gäste verzogen haben. Plötzlich aber, als sie allein sind, schaukelt vor des „schönen Alex“ Augen ein Dollarschein. Kein kleiner, gewöhnlicher, sondern einer, den er nicht so oft zu sehen gewohnt war.

„Nehmen Sie ihn“, sagte ihm der Neugierige.

Nein, das war kein Kriminalbeamter, die kommen anders.

Der „schöne Alex“ läßt sich die Aufforderung nicht zweimal sagen. Er konnte den Schein nehmen, gegen das Licht halten und ihn dann ohne weitere Zeremonien in seine Tasche verschwinden lassen. Das war ein merkwürdiger Tag heute. Der „schöne Alex“ hat noch nie etwas Ähnliches erlebt.

Er sieht sich veranlaßt, dem Neugierigen reinen Wein einzuschenken. Er verschweigt nichts von seinem Gespräch mit Herrn Fish, wie er das einem Kriminalbeamten gegenüber getan hätte. Er konnte ja auch jetzt ohne Gewissensbisse diesen Herrn Fish sausen lassen. Aus dem Neugierigen sah mehr heraus.

Der „schöne Alex“ flieht auf alle Fälle seine Sehnsucht nach geschäftlicher Unabhängigkeit und Selbstständigkeit ein. Er verheißt nicht, daß er intelligent sei, ein Mensch, der über alles, was das Schicksal ihm zutrage, sich auch seine Gedanken mache, der sich nicht nur als reines Werkzeug betrachten lassen will. Er läßt ferner durchblicken, daß seine Verluste überaus bedeutend wären, wenn er Herrn Fish fahren lassen würde und den versprochenen Dienst nicht ausführen könnte.

(Fortsetzung folgt.)

Lübeck

Gegen die Notverordnungsterilierung. Im Bund der technischen Angestellten und Beamten (Butab) in Lübeck wurde der Antrag eingebracht, daß die Gehälter der Bundesbeamten auf das Durchschnittsgehalt der Kollegen gebracht wird, die noch in Arbeit stehen. Wenn die Bundesbeamten glauben, es gibt keine Möglichkeit, gegen die 4. Notverordnung Stellung zu nehmen, soll ihnen ernstlich gezeigt werden, wie stark die Notverordnung sich auf die Lebenshaltung auswirkt. Wenn sie diesen Eingriff an ihrer eigenen Lebenshaltung so stark spüren wie wir, dann werden sie eher bereit sein, mit uns dagegen anzukämpfen. Die Kürzung der Unterstützungssätze auf $\frac{1}{2}$ der Bezüge vor dem 1. Januar, die Verkürzung der Unterstützungsdauer und weitere Verschlechterungen der Bundesunterstützungen geben den Gewerkschaftsvertretern kein Recht mehr, höhere Gehälter zu verlangen, als die Kollegen sie bekommen, die noch in Arbeit stehen.

Naziorden raufen und bezichen Keile. Wir haben schon vor einer Woche darauf aufmerksam gemacht, daß wieder auswärtige Nazis in Lübeck sind, die sich besonders frech auführen. Jeder Tag der vergangenen Woche brachte Ueberfälle auf kommunistische und Reichsbannerarbeiter, aber auch auf Parteilose. Am Donnerstagabend trieben es die Nazis wieder besonders toll im Arbeiterviertel Marli. Am Freitag wurde eine Gruppe Jungbannerleute überfallen. Aber noch am selben Abend bekamen die Herrschaften eine gehörige proletarische Lektion. Schon wieder haben sie Zusammenstöße provoziert, weil sie mit einer viel zu großen Ruhe des Arbeiters (leider!) rechnen können. Und außerdem hat Lübeck einen sozialdemokratischen Polizeiherrn...

Das „Haus der Jugend“. Im modernen Lübecker Haus der Jugend sind eine Jugendherberge, ein Jugendheim und ein Ledigenheim, das erst seit dem 1. November in Betrieb ist. Im Jahre 1931 blieb der Besuch der Jugendherberge mit 13 000 Besuchern und 17 000 Ueberrnachtungen hinter dem Vorjahre zurück. Dafür ist das Jugendheim sicher bedeutend stärker besucht worden, weil die vielen erwerbslosen Jugendlichen dort einige geheizte Zimmer finden. Jugendbünde aller Richtungen haben ihre Heimzimmer, nur dem Sozialistischen Jugendverband glaubt Herr Heimleiter Schermer (SPD) keine Räume geben zu können. — Die sogenannte Eju, Organisation der erwerbslosen Jugend, soll zwar „überparteilich“ sein. In den Eju-Räumen im Haus der Jugend darf nicht über Politik gesprochen werden. Aber wenn SPD-Vorträge gehalten werden, so ist das etwas ganz anderes. Politik ist es, wenn SJV-Genossen ihre Meinung sagen. Die werden dann hinausgeworfen oder garnicht erst aufgenommen. Im übrigen bewegt sich die offene Propaganda des Eju-Leiters Büttner für den Arbeitsdienst auf derselben überparteilichen Linie.

Swinemünde

Notverordnung und Sozialismus — über dieses Thema sprach in der letzten Mitgliederversammlung mit Gästen, der Bezirksleiter von Pommern, Genosse Kurt Binder. Wie man nach 1918 versucht habe, alle wirtschaftlichen Folgen des Krieges auf die Schultern des Proletariats abzuwälzen, wolle man das jetzt tun mit den Folgen der Wirtschaftskrise. Dazu bedient man sich aller staatlichen Machtmittel. Das Proletariat habe in dieser Situation den schärfsten Kampf zu führen, zu schulen und zu organisieren für die kommenden Ereignisse. Dabei kommt es nicht an auf kleine Abweichungen, nicht ein Parteiapparat bestimmt, sondern alle Proletarier. Trotz der langen Ausführungen hörten die Genossen mit großer Aufmerksamkeit zu. Die Diskussion unterstrich die Ausführungen und kennzeichnete vor allem die Hilflosigkeit der SPD, deren Politik direkt auf die Unterstützung des Faschismus hinauslaufe. Die Genossen gingen mit dem Bewußtsein nach Hause, daß in der SAP gearbeitet wird im revolutionären Geiste. Der Vorsitzende der Freireligiösen Gemeinde trat zu uns über.

Frankfurt a. M.

Die Merzwerke in Kadelheim, von denen wir kürzlich berichteten, daß seit der zweiten Dezemberwoche die Löhne nur teilweise oder gar nicht gezahlt wurden, haben am letzten Freitag wieder voll ausgezahlt. Die Drohung der Belegschaft, mit Klage vorzugehen, hat also genützt.

Frankenthal

Von unserer Arbeit. Die am 8. Januar im Lokal Wolf stattgefundene Mitgliederversammlung der SAP hatte im wesentlichen informativ und organisatorischen Charakter. Einleitend machte der Vorsitzende einige politische Bemerkungen. Insbesondere kennzeichnete er die neueste Schwenkung der freien Gewerkschaften in der Frage der Reparationen. Sodann wurden eingehend die schwebenden Pressefragen diskutiert. Die einzelnen Diskussionsredner setzten sich mit der Kampfesweise der Kommunisten (Roter Bote gegen Roter Pionier) auseinander. Eine längere Debatte setzte ein beim nächsten Punkt Gewerkschaftsarbeit. Der Vorsitzende arbeitete kurz den positiven Standpunkt unserer Partei heraus und wies insbesondere hin auf die auf dem Berliner Parteitag beschlossene Resolution und die Stellungnahme der SAP in der Frage der Gewerkschaftsarbeit. Die einzelnen Diskussionsredner verbreiteten sich dann ausführlich über die gegenwärtige Si-

Kulturelle Vorbereitung des Faschismus

Aus Hamburg wird uns berichtet: Die Landesschulbehörde hat ein Rundschreiben an die Schulleitungen der Hamburger Schulen erlassen, in dem Beschränkungen der Lehrveranstaltungen vorgesehen sind, die zu großen Bedenken Anlaß geben. Um dem großen Andrang sowohl zum Lehramt an der höheren Schule wie an der Volksschule zu steuern, wird verfügt:

- für die höhere Schule: Ab Ostern 1932 tritt eine Sperre beim Eintritt in den Vorbereitungsdienst ein — die Zahl der in den Schulminaren aufzunehmenden Kandidaten wird nicht nur nicht erhöht, sondern wahrscheinlich herabgesetzt werden — es werden nur solche Kandidaten zum Vorbereitungsdienst zugelassen, die die wissenschaftliche Prüfung mit „gut“ oder „mit Auszeichnung“ bestanden haben — Kandidaten mit dem Zeugnis „genügend“ können nur noch Anstellung finden, wenn Plätze übrigbleiben — in die Liste der Anwärter für die Beschäftigung im Staatsdienst werden nur noch solche Lehrer aufgenommen, die die wissenschaftliche und pädagogische Prüfung mit „gut“ oder besser bestanden haben.
- für die Volksschule: Zu den schulpraktischen Übungen (von denen mindestens 7 absolviert werden müssen) wird nur „eine beschränkte Zahl besonders Geeigneter“ in Zukunft zugelassen werden — Volksschullehrer, die ihre Prüfung bestanden haben, können zur Zeit überhaupt nicht in den Staatsdienst eingestellt werden.

Herrlich, wird vielleicht sogar der eine oder andere Genosse sagen, jetzt gibt es nur noch

tuation in den einzelnen Gewerkschaften. Zum Schluß machte der Vorsitzende aufmerksam auf den Schulungskurs Baden/Pfalz mit dem Genossen Reichenbach-Düsseldorf, über das Thema „Epochen der proletarischen Revolution“ am 6. und 7. Februar in Mannheim, auf einen weiteren Schulungsabend der Ortsgruppe am 30. Januar mit dem Genossen Quessel-Darmstadt, über „Unsere Stellung zu Sowjetrußland“, sowie auf die Seydewitz-Versammlung in Oppau am 16. Januar.

Die Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes findet Samstag, den 16. Januar, 20 Uhr, im Turnerheim statt. Als Tagesordnung ist vorgesehen: 1. Berichte der Geschäftsleitung, 2. Wahl der Ortsverwaltung, 3. Anträge. — Es ist selbstverständlich, daß die praktischen Fragen der Gewerkschaftstaktik z. Z. im Vordergrund stehen. Mehr als bisher werden die freien Gewerkschaften für das Schicksal der deutschen Arbeiterklasse entscheidende Bedeutung erlangen. Aus diesem Grunde betrachten wir es als eine Pflicht eines jeden Gewerkschaftsmitgliedes, bei der alljährlich stattfindenden Generalversammlung anwesend zu sein. Zu der Versammlung sind folgende Anträge eingebracht worden:

Vom Vertreterwahlbezirk „Schnellpressenfabrik“:

„Die Vertreterversammlung wolle beschließen: Für das Jahr 1932 finden keine Vertreterwahlen statt. Die Wahlzeit der für 1931 gewählten Vertreter wird um 1 Jahr verlängert.“

Begründet wird dieser Antrag damit, daß es zahlreichen erwerbslosen Kollegen, die in vielen Gemeinden zerstreut wohnen, unmöglich ist, an der Aufstellung der Kandidaten und an der Wahl selbst teilzunehmen. Unsere Verwaltungsstelle zählt 3009 Mitglieder. Davon sind 1829 erwerbslos. Am 22. 12. waren 1429 ausgereist und erhielten deshalb aus der Lokalkasse das Weihnachtsgeschenk, 400 bezogen Unterstützung aus der Hauptkasse. Von den Ausgereisteten wohnen nur 770 in Frankenthal mit Vororten. Die derzeitige Vertreterversammlung ist noch unter etwas günstigeren Verhältnissen gewählt worden und entspricht in ihrer Zusammensetzung dem demokratischen Prinzip unseres Verbandes. Dieser Grundsatz würde verlassen, wenn durch die Unruhm der Verhältnisse ein großer Teil der Mitglieder zwangsläufig ausgeschaltet würde. Das zu verhüten, ist die Absicht des Antrages. — Weiter liegt folgender Antrag vor, der sich mit unserer Ansicht deckt:

„Die Vertreterversammlung beschließt: Die Vertreterwahl ist nicht mehr in den mangelhaft besetzten Betrieben, sondern in einer Vollmitgliederversammlung des DMV vorzunehmen.“

Begründet wird der Antrag wie folgt: Nach § 5 des Ortsstatuts des DMV Frankenthal wird das Vertretersystem begründet und dessen Aufgabenkreis umrissen. Die Wahl der Vertreter muß statutengemäß in Betriebs-, Branchen- oder Mitgliederversammlungen vorgenommen werden. Da gegenwärtig und in absehbarer Zeit die meisten erwerbslosen Kollegen kaum die Möglichkeit erblicken, wieder in die Betriebe zurückzukehren, muß eine sofortige Neuregelung der Wahlmöglichkeit zur Vertreterversammlung für die erwerbslosen Mitglieder erfolgen. — Ganz richtig gehen beide Anträge von zutreffenden Voraussetzungen aus: von dem mangelhaft besetzten

Lehrer, die eine „anständige“ Prüfung gemacht haben. Das ist ein großer Irrtum. Ein solcher pädagogisch befähigter Proletarier, der viel Zeit braucht, um seinen Lebensunterhalt nebenher zu bestreiten, wird seine wissenschaftliche Prüfung nur mit „genügend“ machen. Der finanziell Unabhängige wird, und sei er auch pädagogisch ein absoluter Trottel, die nötige Zeit aufbringen, um sich das für die „gute“ Prüfung nötige wissenschaftliche Rüstzeug zusammenzuziehen. Es wirkt wie ein Hohn, wenn die sozialdemokratisch geleitete Landesschulbehörde den salbungsvollen Satz schreibt: „Die Aussichten im Lehramt sind aber besonders gering für alle diejenigen, die nicht durch gute Begabung und ernstes Bemühen die Gewähr bieten, daß sie das Hochschulstudium und die praktisch-pädagogische Ausbildung mit gutem Erfolg durchlaufen werden. Das Hochschulstudium sollte überhaupt nur von solchen Abiturienten ergriffen werden, die neben guten Schulzeugnissen ein starkes wissenschaftliches Interesse und einen unermüdeten Arbeitswillen mitbringen“. Aber es steckt noch mehr hinter diesem Erlaß. In Hamburg werden die Zuschulungen Ostern wesentlich höher sein als die Abzüge. Resultat: keine Lehrereinstellungen, sondern Erhöhung der Klassenfrequenz. Weitere Folge: Einschränkung des Arbeitsunterrichts und Rückkehr zur Drillschule, wie sie der Faschismus sich wünschen muß, dessen Joch eben nur von Mamelucken ertragen werden könnte, aber nicht von Menschen, die so erzogen wurden, daß sie gwohnt sind, eigene Stellung zu allen Fragen des gesellschaftlichen Lebens einzunehmen und eigene Meinung zu ihnen zu bekunden.

Betrieb. Allerdings kommt der offensichtlich von der Ortsverwaltung unterstützte Antrag zu einem falschen Schluß. Wenn im Antrag der Ortsverwaltung verlangt wird, die Vertreterwahl in einem Jahr vorzunehmen, so kann diese Forderung nur in der Hoffnung erhoben werden, daß die Betriebe zu dieser Zeit weit besser besetzt sind als heute. Ohne eine bestimmte Voraussage zu machen, muß doch festgestellt werden, daß das Warten der Antragsteller auf einen Wirtschaftsaufschwung nach heutigem Ermessen vollkommen ausgeschlossen ist. Praktisch bedeutet demnach dieser Antrag ein Ausweichen vor den zu lösenden Aufgaben, die die kapitalistische Krise der Arbeiterschaft stellt. Weiter muß festgestellt werden, daß der Antrag geboren ist aus der Erkenntnis, daß bei einer Neuwahl der Betriebsfunktionäre ein bedeutsamer Umschwung erfolgen könnte, weil sich unter dem Druck der Krise bei der Arbeiterschaft mehr und mehr eine revolutionäre Auffassung durchsetzt. Weiter dürfte bekannt sein, daß laut § 5 des Ortsstatuts die Voraussetzungen für das Vertretersystem gegeben sind, wenn im Bereich der Ortsverwaltung über 3000 Mitglieder erreicht sind. Es wirkt zweifellos befremdend, wenn zur Begründung des von der Ortsverwaltung unterstützten Antrages eine Mitgliederzahl genannt wird, die mit einem Plus von nur 9 Stimmen das Vertretersystem rechtfertigen will. Demgegenüber sagt der zweite vorliegende Antrag ganz klar und eindeutig, daß die Betriebsfunktionäre nicht mehr nach dem schwach begründeten Vertretersystemmodus, sondern in Vollmitgliederversammlungen zu wählen sind. Damit weichen die Antragsteller des zweiten Antrages den Schwierigkeiten, die die kapitalistische Krise stellt, nicht aus, sondern suchen bewußt die geeignete Organisationsform für die gewerkschaftlichen Kampfaufgaben der nächsten Zeit.

Das Sportkartell gegen den „freiwilligen“ Arbeitsdienst. Am Samstag traten die Delegierten der dem Sportkartell angeschlossenen Arbeitervereine zu einer Sitzung zusammen. Genosse Linder erstattete Bericht vom Landeskartelltag, an den sich eine Diskussion anschloß. Der Vorsitzende berichtete eingehend über den jetzigen Stand des Schwimmbadprojektes. Nachdem er in einer Versammlung der proletarischen Jugend den Gedanken des „freiwilligen“ Arbeitsdienstes populär zu machen versucht hatte, nahm er in der Sitzung unter dem Druck des in der Jugendversammlung einstimmig angenommenen Protestes zum Arbeitsdienst einen wesentlich anderen Standpunkt ein. Er ist der Auffassung, daß die Jugend in Konsequenz dieser Entschliebung nunmehr alle weitere Verantwortung selbst zu tragen hat. Im Interesse des Arbeitersports tritt er nach wie vor für die Errichtung des Schwimmbades im Arbeitsdienst ein. Mitten in der lebhaften Diskussion verläßt der Delegierte Forthuber (SPD-Vorsitzender) die Abstimmung dieses unstrittigen zweiten Punktes von der Tagesordnung. Durch einen Gegenantrag wird dieser Antrag abgelehnt. Wiederholt wurde von den einzelnen Delegierten darauf hingewiesen, daß sich das Sportkartell hinter die Entscheidung der Jugend stellen müsse. Nach längerer Debatte wurde sodann ein Antrag unserer SAP-Genossen Bold angenommen, der sich grundsätzlich gegen die Errichtung des Schwimmbades im Rahmen des

„freiwilligen“ Arbeitsdienstes ausspricht. Weiter wurden noch einige organisatorische Fragen erledigt. — Wir begrüßen die eindeutige Stellungnahme des Sportkartells, das nunmehr in einer Front mit dem proletarischen Jugendkartell marschiert.

Oberursel

In der Mitgliederversammlung unserer Partei - Ortsgruppe erstattete Genosse Schweig den Bericht von der Bezirkskonferenz am 3. Januar in Frankfurt a. M., der durch den Genossen Kleibert ergänzt wurde. Der Unterbezirk Oberursel ist durch den Genossen Meister, Oberursel, vertreten, dessen Stellvertreter Genosse Schweig ist. In der Pressekommission sind wir durch den Genossen Studienrat Salomon, Soden, vertreten, dessen Stellvertreter Genosse Wollrab, Falkenstein, ist. An der Diskussion beteiligten sich die Genossen Kannemann, Neeb, Henrich, Bischoff. Hannemann wünschte künftig eine bessere Vorbereitung der Konferenzen. Neeb schilderte die Schwierigkeiten, die der Aufstellung eines gemeinsamen Kandidaten zur Reichspräsidentenwahl entgegenstehen. Henrich würde es begrüßen, wenn Funktionäre der SAP aus der Kirche ausscheiden würden. Genosse Bischoff empfiehlt in dieser Frage Toleranz. Weiter sollen auch junge Genossen zu den Konferenzen delegiert werden. Danach gab Genosse Schweig einen kurzen Geschäftsbericht und schilderte u. a. den Gang der Verhandlungen mit SPD und KPD über die Bildung der roten Einheitsfront. Kassentechnisch war eine Umstellung notwendig geworden. Der bisherige Unterkassierer wurde zum Ortsgruppenkassierer bestimmt. An der Aussprache beteiligten sich die Genossen Bischoff, Bräutigam, Neeb, Kleibert und Schneider. Schneider erläuterte die Gefährlichkeit der Bildung der „Eisernen Front“ mit dem Deutschen Beamtenbund, dessen Mitglieder zum Teil den Nationalsozialisten nahe stehen und der einige Reichstagsabgeordnete in den Reihen der Deutschen Volkspartei hat. Bei der Neuwahl wurde der alte Vorstand wiedergewählt. Hinzugewählt wurden die Genossen Neeb und Karmoth. — Samstag, den 16. Januar, findet im Saalbau Blau-Weiß eine öffentliche Versammlung mit dem Genossen Ziegler, Breslau, statt. SPD und KPD haben ihr Erscheinen zugesagt. Genossen, werbt für regen Besuch dieser Versammlung, rüttelt die Lauen auf und helfe verbreiten die Idee des Sozialismus!

Wie uns von zuverlässiger Seite mitgeteilt wurde, haben der Vorsitzende des ADGB-Unterausschusses Oberursel Kutschbach und der sozialdemokratische Ratsherr Lorenz, beide in der Motorenfabrik Oberursel beschäftigt, im Jahre 1931 auf den ihnen zustehenden tariflichen Urlaub verzichtet und dafür doppelte Bezahlung eingekassiert. Um des schönen Mammons willen verraten diese Sozialdemokraten also ihre tariflichen Rechte und verhindern dadurch zugleich die Einstellung weiterer Arbeitskollegen als Ersatz für die Beurlaubungen. Die Kette schließt sich: zu dem Stadtrechner und sozialdemokratischen Stadtverordneten Leutloff, der Mitglied im Deutschen Beamtenbund ist, um bei einem eventl. politischen Umschwung einer Deckung sicher zu sein, gesellen sich Lorenz und Kutschbach. Sie scheuen sich nicht, die höchsten Ämter, welche die Partei- oder Gewerkschaftsbewegung örtlich zu vergeben hat, anzunehmen und gleichzeitig soziale Errungenschaften mit Füßen zu treten. Die Metallarbeiterfunktionäre tun gut daran, bei den bevorstehenden Wahlen derartige „Klassenkämpfer“ auszumerzen und durch Taktfechter zu ersetzen. Dem Deutschen Metallarbeiterverband sei ins Stammbuch geschrieben: wenn seine Funktionäre nicht besser geschult aus der Gewerkschaftsschule Dürrenberg herausgehen, dann ist es besser, dieses Institut zu schließen. Zum mindesten ist eine sorgfältigere Auswahl als im vorliegenden Falle angebracht.

SAP schreitet voran. Durch die Rührigkeit einzelner unserer Genossen ist es gelungen, im benachbarten Steinbach die erste Bresche in den dortigen Wahlverein der SPD zu schlagen. Es wurde eine Ortsgruppe unserer Partei mit 10 Genossen gegründet. Davon gehörten 4 der SPD an. Weitere Uebertritte und Neuaufnahmen sind zu erwarten.

Organisationsnachrichten

SAP Königsberg. Mitgliederversammlung allwöchentlich bei Krupkat, Konigsstraße 99, Freitag, 20 Uhr. — Sonntag, 17. Januar, spricht um 11 Uhr Gen. Kurt Rosenfeld, MdR., im Großen Saal der Schloßmühle, Berge. — Sämtliche Parteifreizeiten werden erledigt mündlich täglich vom Gen. Abel, Cranzer Allee 74a, und schriftlich durch Gen. Dawill, Sackheim 84/III.

Jeder Genosse kann

bei seinen Verwandten mindestens 10 Broschüren absetzen/Damit leistet er seiner Bewegung große Dienste

Sportschau der SAZ

Berliner Arbeiterschwimmer im Kampf

Am Sonntag stellten sich die Schwimmer des 1. Kreises im Arbeiter-Turn- und Sportbund in den Dienst der „Berliner Winterhilfe“. 11 Vereine beteiligten sich an dieser Veranstaltung. Den zahlreich erschienenen Zuschauern wurde guter Sport geboten. Staffell- und Einzelschwimmen wechselten in bunter Folge. Der gut ausgeführte Kunststreich fand reichlichen Beifall. Im Kunstspringen gelang es Nachtigall-Hellas, erneut seine Konkurrenten auf die Plätze zu verweisen. Besonders gefallen konnte das Wasserballspiel der Jugendmannschaften Freiheit und Spandau. Knapp aber sicher gewann Freiheit mit 4:3 (2:3) Toren. Die Rathenower Genossen mußten von Spandau eine 7:0 (2:0) Niederlage hinnehmen, was darauf zurückzuführen ist, daß ihnen im Winter die Übungsmöglichkeiten fehlen. Starke Beteiligung der Schwimmgenossen und die einwandfreie Durchführung des Festes lassen die Veranstaltung als gelungen bezeichnen. Ein Doppelerfolg der Arbeiterschwimmer.

Die Wasserballspiele des Sonntag

Hellas—Möve 6:3 (3:1). M. zeigte sich in diesem Spiel merklich besser und leistete besonders in der Abwehr gute Arbeit. H. war wohl im größeren Teil des Spiels technisch überlegen, hatte aber bei der Schnelligkeit des Treffens zu tun, die sehr gut zusammen spielende Mövesieben zu halten. M. zeigte lediglich im Sturm einige Schwächen, welcher sich die Mannschaft taktisch noch nicht ganz reif erwies. Das Spielergebnis bedeutet für M. einen Achtungserfolg gegen den Tabellenzweiten Hellas.

Charlottenburg—Lichtenberg 9:0 (4:0). Mit der erwarteten Ueberlegenheit Charlottenburgs endete das Spiel am Sonntag. L. spielte trotz dieser hohen Niederlage gegen seine sonstigen Leistungen stark verbessert und ähnlich wie Möve im Spiel gegen Hellas stark in der Abwehr. Charlottenburg konnte seine hohe technische Ueberlegenheit erst in der zweiten Hälfte des Spieles klar zum Ausdruck bringen. Besonders der Sturm zeichnete sich durch große Schußentschlossenheit aus.

Ruderverein „Collegium“, Charlottenburg. Freitag, den 15. 1. keine Sitzung, nur Beitragszahlung. Sonnabend, den 16. 1. 8-10 Uhr, Kastenrudern. — Im Friedrichshagen „Kimmer“. — Sonntag, den 17. 1. 10 Uhr, 1. Handballmannschaft gegen Freie Turnerschaft Brieselang auf dem Platz in Spandau, Wilhelmstraße.

Ausscheidungsspiel um die sächsische Fußball-Kreismeisterschaft

Rasensport-Döbela gegen Freiheit Taura 1:2. Das Wiederholungsspiel hat das vom Vortag weit in den Schatten gestellt. 3000 Zuschauer waren Zeuge eines spannenden Kampfes, den Rasensport-Döbela unverdient verlor. Infolge einer anderen Aufstellung spielte der bekannte Mittelläufer linken Verteidiger. Er hätte auf seinem alten Posten bestimmt mehr geleistet. Der beste Mann im Feld war der Torer vom Rasensport. Allerdings passierte ihm kurz vor Schluß infolge schlechten Stellungsspiels ein Schnitzer, der für Taura das entscheidende Tor brachte. Die Leistungen des Schiedsrichters waren auf gleicher Höhe mit denen der Mannschaften.

Sachsen—Gornsdorf 4:1 (1:1). 7500 Zuschauer. Schon kurz nach Anfang konnte Gornsdorf überraschend durch Halilinks in Führung gehen. In der ersten Halbzeit erhielt Sachsen einen Hand-Elfmeter zugesprochen, den der Mittelstürmer leider danebenschoß. Etwa zehn Minuten vor Wechsel gelang dem Halbrechten von Sachsen der Ausgleich. Kurz nach Wiederbeginn war es der Rechtsaußen von Sachsen, der eine Linksflanke und den zweiten Treffer einführte. Mit allen Kräften versuchte Gornsdorf das Resultat zu verbessern. Doch nichts glückte ihnen, im Gegenteil ist es Sachsen vergönnt, durch Linksaußen das dritte Tor zu erzielen. Fast am Schluß stellte Linksaußen von Sachsen durch den vierten Treffer den Sieg sicher und sicherte damit Sachsen die Berechtigung zur Teilnahme an den weiteren Kreisspielen. Der Unparteiische, Genosse Fiedler (6. Bez.), war dem Treffen ein gerechter Leiter.

Der Sportsonntag in Hessen und Hessen-Nassau

Sensation in der Kreis-Fußballmeisterschaft — Frankfurts Vertreter hoch geschlagen!

Schon der erste Spieltag der Kreismeisterschaft endete mit einer Riesenerwartung: die beiden Groß-Frankfurter Gruppenmeister wurden von ihren Kontrahenten sicher und verdient geschlagen. Mit Spannung wird der kommende Sonntag erwartet, der mit den Begegnungen Egelsbach—Nauheim und VfL 13 Frankfurt—Bockenheim Sieger und Besiegte zusammenführt.

Fr. T. Frankfurt—Bockenheim—ATSV. Egelsbach 1:5 (1:1). Vor zahlreichen Zuschauern präsentierte sich Egelsbach in ausgezeichneter Form, während Bockenheims Mannschaft enttäuschte. Nur die erste halbe Stunde sah den Platzbesitzer durch gutes Kombinationsspiel im Vorteil. Nach Halbzeit hatten die Gäste das Heft in der Hand, um es bis zum Schluß nicht mehr abzugeben.

ASV. Nauheim—VfL 13 Frankfurt 5:2 (2:2). 2000 Zuschauer, ein Rekord für den Wetzlarer Vorort, sahen in der ersten Spielhälfte einen technisch hochstehenden, ausgeglichenen Kampf. Nach Seitenwechsel wurde Nauheim zusehends überlegen, während die Bornheimer stark nachließen. Mit drei weiteren Treffern stellte der Platzbesitzer seinen Sieg sicher.

Serien- und Meisterschaftsspiele in den Bezirken

1. Bezirk: Fr. Tgde. Pfungstadt—Fr. Tgde. Darmstadt 2:0. Durch den Sieg des Platzbesitzers ist die Frage des Bezirksmeisters erneut offen.

2. Bezirk: ASV. Niederrad—Fr. T. Höchst a/Main 1:1. Mit diesem Spiel errang Niederrad die Meisterschaft der Gruppe I. —SV. 19 Zilbel 1b—Fr. T. Nord-Frankfurt 1b 2:0 (Punkte an Nord).

4. Bezirk: Klein-Auheim—Fr. T. Offenbach 2:1; Jügesheim—Möve-Aschaffenburg 3:0; Niederrordfellen—Dönningheim 2:0.

5. Bezirk: VfL 21 Mainz—Bretzenheim 0:4; Linda-Kreuznach—Rambach 1:4; Mainz-Gustavsburg—VfL. Kreuznach 1:1.

Privatspiele im 9. Kreis. Auch hier gab es einige Ueberraschungen. Die Fr. T. Nord-Frankfurt schlug den Frankfurter Altmeister ASV Westend verdient mit 4:3, nachdem sie bis in die zweite Hälfte hinein 4:0 geführt hatte. Dann zogen die Platzbesitzer los und konnten im Endspurt noch drei Treffer aufholen. —Der BSV. 26 Frankfurt schlug Fr. SpVg. 94 Ffm.-Sachsenhausen in überzeugender Weise mit 5:2 (1:2) auf dessen Platz. — Weitere Resultate: Schwalbach—Oberhöchst 7:0; Bonames—Jask-Frankfurt 2:5; Schwanheim—Frankfurt-Sachsenhausen 1b 1:3; Eberstadt—FV. Pfungstadt 3:0; Wixhausen—Groß-Zimmern 11:3; Allendorf—Lollar 8:4; Oberrodern—Dreieichenhain 2:4; Fr. Tgde. Mainz—Marxheim 10:0.

Nachstehend sei noch der Tabellen-Schlusstand in den Gruppen II und IV der Kreis-Fußballklasse mitgeteilt:

Gruppe II.			
Vereine	Sp.	Tore	Pkte.
1. VfL 13 Frankfurt	16	62:27	24:8
2. ASV. Westend Frankfurt	16	35:23	22:10
3. Fr. SpV. 94 Ffm.-Sachsenhausen	16	29:26	20:12
4. Heusenstamm	16	33:28	17:15
5. Offenbach-Burgel	16	36:38	17:15
6. Nieder-Roden	16	36:34	15:17
7. Weiskirchen	16	23:23	14:14
8. Bischofsheim	16	24:26	14:14
9. SpVg. Vorwärts-Frankfurt	16	21:62	1:31

Gruppe IV.			
Vereine	Sp.	Tore	Pkte.
1. ATSV. Egelsbach	16	60:28	25:7
2. SpVg. 19 Urberach	16	52:22	23:9
3. Dietzenbach	16	37:30	19:13
4. Waldorf	16	38:23	18:14
5. Miefelden	16	40:27	17:15
6. Erbach	16	29:35	16:16
7. Arheilgen	16	40:53	13:19
8. Spremlingen	16	38:44	10:22
9. Groß-Zimmern	16	15:87	1:31

Handball. Die Fr. Tgde. Darmstadt siegte auch in ihrem zweiten Spiel um die Kreismeisterschaft; Oberrodern wurde nach hartem und spannendem Kampf 5:4 (3:2) geschlagen nach Hause geschickt.

Privatspiele: Die Fr. V. Nord Frankfurt/M. holte sich aus Griesheim a. B. in einem rassistigen Spiel einen 3:2-Sieg. — Fr. Sp. Sachsenhausen 94—Griesheim a. M. 1:4; Spremlingen—Langen 5:2.

Turnen. Gerätewettkämpfe im 1. Bezirk: A-Klasse: Gräfenhausen—Weiterstadt 505:495; Worfelden—Langen 477:495. B-Klasse: Langen—Dreieichenhain 524:513; Darmstadt—Worfelden 517:520. Turnerinnen B-Klasse: Weiterstadt—Darmstadt 501:505.

Schwerathletik. Meisterschaftskämpfe der Ringer: Rödelheim—ASV. Westend Frankfurt 9:5; Höchst a. M.—Offenbach 6:8; Bieber—Neu-Isenburg 6:8. B.

Wenig Spiele im Vogtland

Die schlechte Witterung hatte viele Vereine von Spielabschlüssen abgehalten. Vorherrschend waren am Sonntag Spiele der zweiten Klasse. Die Resultate geben das beste Bild dafür, mit welcher Zähigkeit die Spiele durchgeführt wurden. Im Spiel Raschau-Wacker, das 2:2 endete, gab es gleich vom Anfang an kritische Momente. Wacker geht bei einem Angriff durch Selbsttor Raschus in Führung. Raschau gelingt es, bis zur Halbzeit nicht nur aufzuholen, sondern sogar in Führung zu gehen. Dann drückt Wacker sehr stark, die Durchschlagskraft der Mannschaft reichte aber nur zu einem Remis. Das Spiel Elfeld gegen Rempesgrün fand beim Stande 2:1 ein unliebsames Ende. Wer schuld daran war, sei hier nicht untersucht, sicher ist aber, daß solche Fälle in Zukunft unterbleiben müssen. — Rodewisch und Rebesgrün lieferten sich ein flottes Spiel, bei dem Rodewisch viele Vorteile nicht auszunutzen verstand. Rebesgrün gewann 6:2. Der Gruppenmeister Rempesgrün scheint im besten Fahrwasser zu sein und siegte gegen Elfeld II 1:5. Recht knapp konnte Rebesgrün II über Rodewisch II mit 2:3 siegen, was auch nur dadurch gelang, das R. im Schlussmoment seinen Vorteil verpaßte. — Der aufgeweckte Boden stellte im Treffen Elsterberg II gegen Ruppertsgrün I (1:0) schwere Anforderungen und verschlang alle Technik. Erst nach Wiederanstöß nahm

sich Elsterberg zusammen und erzielte durch Einzelgang seines Rechtsaußen das einzige Tor. — Wacker II konnte über Haselbrunn I mit 5:2 triumphieren. Schließlich lieferten sich Eintracht II und Greiz Aubachtal noch ein interessantes Spiel, bei dem Greiz überlegen war. In kurzen Abständen konnte die Mannschaft vier Tore erzielen. Eintracht spielte sehr zerfahren und konnte in jeder Halbzeit nur 1 Tor anbringen. Resultat 2:4.

Handball-Resultate. Haselbrunn I—1. Abt. I 2:3 (0:0). Ein immer verbendes Spiel, bei dem Haselbrunn unterliegen mußte. — 4. Abt. I—Haselbrunn II 6:0 (4:0). Das bessere Spiel zeigte die 4. Abt. Sie gewann verdient. — 5. Abt. I gegen Freie Schwimmer I 3:2 (3:0).

Arbeiterfußball am Kyffhäuser

Kelbra I schlägt Heringer I 4:2 (1:1). Kelbra II besiegt VfB. Nordhausen Jugend 2:0 (0:0). Bei schlüpfrigen Bodenverhältnissen lieferten sich die Mannschaften einen gleichwertigen Kampf, aus dem Kelbra als der glücklichere hervorging.

Spiel-Ergebnisse aus Sachsen

Bezirk Leipzig. Pörsch-West 03 4:2; Oetzsch—Thels 6:1; Vorwärts-West—Markranstädt 3:0; Eythra—Viktoria 06 6:0; Südwest—Preußen 2:1; ASK. Grimma—FA. Wurzen 4:2; Panitz—Engelsdorf 2:1; Amateure—Kieritzsch 3:3.

Wahren—Südost 2:1; Pausdorf—Ostvorstadt 2:1; Torwärs—Süd—Nord 6:3; Eutritzsch—Mockau 2:0; Sportlust 09—Sportklub Ost 4:1.

Bezirk Dresden. Lobtau—Pieschen 6:2; DBV.—Birkigt 2:1; Heidenau gegen Zschachwitz 3:2; Eintracht—Gotta 3:1; Kötzschbroda—Lockwitz 4:0; Pötschappel—Helios 1:1; Deuben—Bannwitz 2:2; Ottendorf—Radeberg 1:0; Meißner—Coswig 7:0; Neustadt—Süd 5:2.

Bezirk Zwickau. Mylau—Zwickau-Nord 3:5; Witkau—Ponitz 7:3; Netzschkau—Kurbitz 2:1; Oberlohndorf—Reichenbach 6:3; Planitz—Zwickau-Süd 1:1; Crimmitschau—Turn- u. Sportvereinig. Zwickau 4:0; Pöblau—Werdau 3:2; Marienthal—Neukirchen 3:1; Ergobirge.

Bezirk Chemnitz. Schneeberg—Cainsdorf 2:2; Burkhardt—Thalheim 0:5; Gelenau—Aue 5:3; Ring Sosa—Zschorlau 5:2; Großobersdorf—Chrenfriedersdorf 1:10.

Bezirk Burgstädt-Limbach. Taura—Niederwiesnitz 7:0; Berleisdorf—Rußdorf 5:0; Mohsdorf—Röchlitz 1:1.

Handball. Bezirk Leipzig. Arunja—Pögnitz 4:3; Vorwärts-Süd—VfK. Südwest 9:6; Leutzsch—VfA. 04 7:4; Wahren—Mockern 1:2; Eutritzsch—Lindena 6:3; Rotha—Zehmen-Ruben 5:0. — Raiffahl: Schleussig—Engelsdorf 3:12; Schönefeld gegen VfL. Südost 1:0; Pausdorf—Lindena 5:0; VfK. Südwest—Liche 1:3.

Bezirk Chemnitz. Altenhain—Gera-Blauen 6:1; Gablenz—Ebersdorf 1:3; Hohenstein—Glosa 2:3; Kappel—Königsbrück 10:0; Dittersdorf—Ehsue 4:4; Erdmannsdorf—Gablenz 2:3; Deutsch-Einsiedel—Bernsdorf 4:4; Altenhain gegen Birzen 6:4.

Bezirk Zwickau. Witkau—Werdau 15:3.

Kleine Sportnachrichten

Turnverein Gablenz E. V. Sonnabend, den 16. Januar 1932, Generalversammlung im Vereinslokal, Beginn 10 Uhr. Frisch auf Burgstädt. Da Sachsen am 17. J. wiederum ein Kriespiel austragen muß, wird für den 17. J. ein spielstarker Partner für 1. Elf gesucht. Angebote an B. Koch, Burgstädt (Sa.), Marientberg Nr. 3.

Organisationsnachrichten

SAP

Ortsgruppe Treptow, Mittwoch, 13. Januar, M.-V., 20 Uhr, im Lokal Lehmgrüner, Adlershof, Bismarkstraße 2. Referent Hans Seigewasser. Thema: „Gewerkschaften und SAP“. Vorstande um 10 Uhr. Ortsgruppe Zehlendorf, M.-V., 13. Januar, 20 Uhr, im Lokal Schorre, Zehlendorf, Potsdamer Str. 3. Eingeführte Gäste haben Zutritt. Bericht vom Bezirksparteitag. Ortsgruppe Wedding, Mittwoch, 13. Januar, Abteilungsverammlung (Zahlabend) in den bekannten drei Lokalen. Ortsgruppe Kreuzberg, Abt. 4, M.-V., Mittwoch, 13. Januar, 20 Uhr, im Lokal Reibe, Gitschiner Str. 88. Ortsgruppe Schöneberg, M.-V., Mittwoch, 13. Januar, 20 Uhr, bei Geil. Mersburger Str. 7. Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben. Januarbeiträge sind abzurechnen. Ortsgruppe Charlottenburg, Arbeiter-Schützenbund Charlottenburg, Zusammenkunft Mittwoch, 13. Januar, 20 Uhr, Jugendheim Sportplatz Westend. Ortsgruppe Friedrichshagen, Mittwoch, 13. Januar, Funktionalversammlung, 19½ Uhr, Lokal Memeler Straße 63. Achtung, Parteigenossen! Die nicht verkauften Karten für die LL-Feier der Jugend am Sonntag, 17. Januar, müssen umgehend im Sekretariat, Prenzlauer Allee 34, abgerechnet werden.



Nachrichten des Bezirke Berlin des Sozialistischen Jugendverbandes.

Heute, Mittwoch, 13. 1., 19.30 Uhr: Balkenplatz: Heim, Tilsiter Str. 4, Kurzaufgabe. Falkenberg: Heim, Gemeinschaftshaus, Tagespolitik. Frankfurter Allee: Heim, Lüttauer Str. 18, Arbeitsgemeinschaft; Diktator des Proletariats. Lichtenberg: Heim, Dossestraße, Grundbegriffe des Marxismus. Siemensstadt: Tagespolitik. Steglitz „Georg Ledebour“: Heim, Albrechtstr. 47 a, Tagespolitik. Schöneberg: Heim, Gen. Joseph, Zeppelinstr. 3a, Tagespolitik.

Mitteilungen der BL. Erwerbslosenstaffel: Heute vormittag 10 Uhr liegen im Sekretariat Zeitungen und Zeitschriften aus. 11 Uhr: Referat: „Die Aufgaben der Gewerkschaften in der Krise“. Heute: „Rote Pioniere“ abrechnen. Die übriggebliebenen Karten für den 17. 1. müssen abgerechnet werden. 15. Januar: Alle arbeitslosen Genosseninnen und Genossen kommen in Aktiv-Kluff am Freitag, dem 15. 1., vorm. 10 Uhr, ins Sekretariat: Kranzdeputation nach Friedrichsfelde.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Willi Schaber, für Inserate: Johannes Hoffmann. Verlag: Sichel Zeitungs-Verlagsges. m. b. H., Druck: Georg Koenig, sämtlich in Berlin O 27, Magazinstraße 15/16. „SAZ, Sozialistische Arbeiterzeitung“ erscheint täglich außer Montags. Redaktion: Berlin O 27, Magazinstraße 15/16. Tel.: Kupfergraben E 2 2904. Verlag und Expedition: Berlin O 27, Magazinstraße 15/16. Tel.: Kupfergraben E 2 2905. Bezugspreis für einen Monat durch die Spedition: RM 2.40 einschließlich Bestellgeld. Durch die Post bezogen: RM 2.40 und RM 0.36 Zustellgebühr. Durch den Verlag bezogen: RM 2.10 und RM 0.36 Zustellgebühr. Unter Kreuzband: RM 2.10 monatlich zuzüglich RM 1.30 Porto. Inseratenspreis: Berechnung erfolgt auf Grund unserer Spezialtarife für die Verbreitungsgebiete. Alle Zahlungen sind zu leisten an: Sichel Zeitungs-Verlagsges. m. b. H., Berlin O 27, Magazinstraße 15/16. Postbelegkonto: Berlin NW 7, Nr. 158 928.

Volkstheater

Die Großerzogin von Gerolstein

Rose-Theater

Eine Frau von Format

Die Schulungsbeilage des „Klassenkampf“

zur politischen Schulung

Der Parteivorstand der SAP rät den Genossen dringend an, sich dieser neuen Einrichtung des „Klassenkampf“ zu bedienen. Wer seither noch nicht Bezieher des „Klassenkampf“ war, sollte jetzt abonnieren. Bezugspreis monatlich 45 Pf.

Man bestelle beim Briefträger, bei den lokalen Literaturdistributoren der SAP oder direkt bei der Freie Verlags-Gesellschaft m. b. H. Bin.-Tempelhof, Hohenzollernkorsweg 67

Werbt für die SAZ

Lest und verbreitet

die vom Parteivorstand herausgegebenen Broschüren!

Breslau

Lest den Klassenkampf

Circus Busch

Heute 2X 4 1/2 u. u. tägl. 8 1/2 u. Nur noch kurze Zeit das Riesen-Programm 20 Attraktionen

SAZ Sozialistische Arbeiter-Zeitung

Bezugspreis: monatlich 2,40 RM. einschl. Bestellgebühr wöchentlich 0,60 RM. einschl. Bestellgebühr bei Postbezug 2,10 RM. zuzügl. 36 Pf. Zustellgebühr

BESTELLSCHEIN

Bestelle zur sofortigen Lieferung durch Exemplar „SAZ Sozialistische Arbeiter-Zeitung, Zentralorgan der Sozialistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Name: Wohnort: Straße:

Diesen Bestellschein nimmt entgegen: jeder Vertrauensmann und Zeitungsobmann der SAP, der Briefträger, oder schicke ihn an: Sichel Zeitungs-Verlagsgesellschaft m. b. H., Berlin O 27, Magazinstraße 15-16.

SAP Der tägliche Vorwärt

Ueberfüllte Versammlungen

In Lübeck sprach in einer von rund 1200 Personen besuchten Versammlung Genosse Weckerle. Die SAP stößt seit dieser Versammlung in der Lübecker Arbeiterschaft vor. Eine von 500 Personen besuchte Versammlung fand in Zeitz statt. Zahlreiche Neuaufnahmen sind zu verzeichnen.

Funktionär-Uebertritt in Berlin

Die bisherige erste Kreisleiterin der SPD Charlottenburg ist zur SAP übergetreten. Die zweite Kreisleiterin Charlottenburgs hatte sich bereits bei der Gründung der SAP angeschlossen.

Vorstoß am Niederrhein

In Solingen wurde eine Ortsgruppe der SJV gegründet, der sich sofort sämtliche Funktionäre der SAJ angeschlossen.

Großer Erfolg in Westfalen.

In einer von 2000 Personen von der SAP, KPD und Arbeiter- und Bauernpartei in Schwelm einberufenen Versammlung traten 20 neue Mitglieder der SAP bei.

In Steinbach bei Oberursel (Taunus) wurde eine Ortsgruppe der SAP gegründet, der sich frühere SPD-Mitglieder und indifferente anschlossen.

Die KPO am Abgrund

Unter der Ueberschrift „Die Minderheit am Abgrund“ setzt sich die „Arbeiterpolitik“ vom letzten Sonnabend in unsachlichster Weise mit der Minderheit der Gruppe auseinander. Die Methoden, mit denen sie mit den Genossen, die abweichender Meinung sind, verfahren, beweisen, wieviel die Leitung der Gruppe schon von Väterchen Stalin gelernt hat. Von der Diskussionsrede des Genossen Wachler in der Berliner Mitgliederversammlung der Gruppe wird gesagt, sie sei „eine absolut eindeutige und schroffe Kampfansage gegen die Organisation, der er bisher angehörte und bereits eine zynische Werberede für die SAP“ gewesen. Eine sachliche Stellungnahme zur SAP ist in den Augen der unfehlbaren Leitung bereits Klassenverrat. Als schlimmste Beschimpfung gegen Wachler wird gesagt: „Das ist schon die Sprache der Weckerle und Genossen“. Vorgeworfen wird Wachler weiter seine Auffassung, „durch die SAP werde es gelingen, die Arbeiterklasse wieder aktionsfähig zu machen“.

Die Minderheit läßt sich diese Vergewaltigung ihrer Meinung nicht gefallen. Wie die „Arbeiterpolitik“ am Dienstag meldet, kam es in der Mitgliederversammlung in Offenbach zu erregten Auseinandersetzungen zwischen Anhängern der beiden Richtungen. Genosse Galm setzte auseinander, daß er, der sich wegen der Gewerkschaftsfrage von der KPD getrennt habe, nicht die jetzt von ihm verlangte Schwenkung in dieser Frage vollziehen werde. Die Resolution, die den Standpunkt der Minderheit vertritt, wurde mit 67 gegen 16 Stimmen angenommen, nachdem ein Vertreter der Bezirksleitung den Standpunkt der Mehrheit dargelegt hatte.

Die Folgen dieser Intoleranz gegenüber den eigenen Mitgliedern, der absolut falschen Einstellung zur SAP und des Liebgelins mit Moskau hat die KPO selbst zu tragen. Konnte die „Arbeiterpolitik“ am Sonnabend noch stolz ihre Unbeirrbarkeit und Stärke betonen, so muß sie am Sonntag ihren Lesern schon kläglich mitteilen, daß sie nur noch als Wochenzeitung erscheinen wird. Natürlich ist nur die Wirtschaftskrise daran Schuld. Aber der Zusammenhang der politischen Schwenkung, die den größten Teil der besten Mitglieder abstößt, ist zu klar, als daß sie nicht auch von den „Getreuen“ erkannt würde. Die Leitung der KPO gibt ein Beispiel, wie man eine Partei kaputt macht.

Ein großer Teil der bisherigen Mitgliedschaft wird in nächster Zeit zur SAP stoßen und mit uns gemeinsam für die Aktivierung des deutschen Proletariats kämpfen.

Nationalsozialisten und Zentrum

Nach etwas langem Ueberlegen haben die hessischen Nationalsozialisten nun herausgefunden, daß die inner vom Zentrum auf ihre zwölf Punkte erteilte Antwort keine Handhabe zu einer Zusammenarbeit bietet. Die Gründe, die hierfür geltend gemacht werden, erscheinen etwas weit herbeigeholt. So wird u. a. dem Zentrum angekreidet, daß es länger als ein Jahrzehnt mit der Sozialdemokratie paktiert habe. Auch eine Rede Stegerwalds muß zu diesem Zwecke herhalten. Alles in allem gewinnt man den Eindruck, daß die Nationalsozialisten zur Zeit es noch vorziehen, außerhalb der Verantwortlichkeit zu bleiben und „volle Handlungsfreiheit“ zu behalten, eine Taktik, die auch in Hamburg befolgt wird und offenbar auf das Münchener Braune Haus zurückgeht.

Merkwürdige Klassenkämpfer

Die „Chemnitzer Volksstimme“, das Blatt, in dem bis vor einigen Wochen unser Genosse Weckerle den wirtschafts- und gewerkschaftspolitischen Teil der vollsten Zufriedenheit der Mitgliedschaft redigiert hat, nimmt unter der Ueberschrift „Merkwürdige Gewerkschaftsfreunde“ Stellung zu Weckerles Referat über die Gewerkschaftsfrage auf dem Berliner Bezirksparteitag der SAP.

Die Volksstimme kann es nicht ertragen, daß die SAP einen Standpunkt einnimmt, der jede Spaltungsabsicht innerhalb der Gewerkschaften scharf verurteilt und auf ihre Radikalisierung hinarbeitet. Das paßt nicht in ihre Spaltungstheorie.

Um gegen die SAP vorgehen zu können werden Argumente angeführt, die sich die Leserschaft der Volksstimme vor einigen Wochen nicht hätte gefallen lassen. Es heißt da z. B.: „Unwahr ist, daß die Gewerkschaften den Klassenkampfgedanken preisgegeben haben“. Aber an anderer Stelle:

„Eine einheitliche Gewerkschaftsbewegung, die sich auf eine große Arbeiterpartei stützen kann, wird auch im kapitalistischen Staate eine Macht sein, gegen deren Willen Notverordnungen wie die vom 8. Dezember weder erlassen noch durchgeführt werden können — trotz gewaltiger Arbeitslosigkeit und trotz furchtbarster Wirtschaftskrise.“

Damit ist das zugegeben, was ein paar Zeilen vorher abgestritten wird. Wenn die Notverordnung erlassen und durchgeführt ist, so muß es, wenn es gegen den Willen der Gewerkschaften nicht möglich ist, mit ihrem Willen geschehen sein. Und das nennt man „Klassenkampf“!

Weiter wird gegen Weckerles Auffassung polemisiert, daß durch die Unterwerfung unter das Schlichtungswesen die Gewerkschaften nicht die Löhne durchgesetzt haben, die in der Konjunkturperiode möglich gewesen wären. Als Gegenargument wird auf die Lohnerhöhungen in der Konjunkturperiode hingewiesen. Dabei übersieht der Verfasser des Artikels, daß ja gerade die Gewerkschaften die Auffassung vertreten, bei

steigender Konjunktur habe nicht nur das Kapital, sondern auch die Arbeiterschaft den Nutzen, weil dann die Löhne stiegen. Gerade in dieser Theorie gemessen, hat Weckerle die Errungenschaften der Gewerkschaften mit Recht als unzureichend bezeichnet. Wie dem sei: jedenfalls bekennt sich die „Volksstimme“ mit diesem Artikel zum Schlichtungswesen und gibt damit auch in der Frage der Gewerkschaftstaktik eine Auffassung preis, die sie bis zur Parteispaltung vertreten hat.

Der Artikel enthält noch eine ganze Reihe bewußt falscher Unterstellungen. U. a. wird behauptet, daß die SAP das Gewerkschaftsprogramm der Kommunisten zum Teil übernommen habe. Die Tendenz dieser Verdrehungen liegt klar auf der Hand: auch die „Volksstimme“ sieht mit Schrecken den

wachsenden Einfluß, den die SAP auf den klassenbewußten Teil der Gewerkschaftskollegen ausübt,

deshalb muß sie verlästert werden. Ein Beweis mehr dafür, was in wenigen Wochen aus einem Arbeiterblatt werden kann, wenn es aus der Hand eines ehrlichen sozialistischen Redakteurs in die der Opportunisten übergeht, die innerhalb von 24 Stunden alles das verbrennen, was sie noch eben feurig angebetet haben.

Für die Chemnitzer SPD-Führer scheint der Radikalismus überhaupt nur noch Exportartikel zu sein. Derselbe Böchel, der für den oben erwähnten Artikel die Verantwortung trägt, schreibt — in der „Wiener Arbeiterzeitung“:

„Die Fronten klären sich, und das Proletariat marschiert auf die letzte Auseinandersetzung zu. Noch ist der Kapitalismus nicht geschlagen, noch treffen die Franken des verzweifelt um sein Leben kämpfenden Raubtieres ganze Klassen und Völker, aber immer einsamer wird seine Stellung und immer größer die Zahl derer, die aus seiner Gesellschaft flüchten.“

Und nun kommt es darauf an, daß die sozialistische Bewegung Deutschlands mit letzter Klarheit ihre Banner entfaltet, daß

sie weit abrückt von der vergifteten Atmosphäre eines sterbenden Systems, daß sie ein Fanal aufrichtet allen denen, die sich in tiefer Enttäuschung abgewandt haben vom Kapitalismus, um dem sozialistischen Ideal zuzustreben.“

Im gleichen Blatt den Reformismus und die Schwäche der Gewerkschaften verteidigen und zum „letzten Gefecht“ rufen, hält Karl Böchel scheinbar nicht für opportun. Irgendwo könnte doch der Punkt kommen, wo den Mitgliedern die Schaukelpolitik zu bunt wird. Deshalb ist man radikal — nur noch jenseits der schwarz-rot-goldenen Grenzpfähle.

„Linke“ SPD in der nationalen Front

Die Drohung Brünings, daß Deutschland auf der Lausanner Konferenz den Standpunkt vertreten werde, Reparationszahlungen seien unmöglich, hat, wie nicht anders zu erwarten, in Frankreich große Erregung hervorgerufen. Es liegt auf der Hand, daß damit neuer Zündstoff geschaffen ist, der die auch von der SPD in letzter Zeit wiederholt aufgestellte Forderung, ein friedliches Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich herzustellen, aus schwerster Gefahr drohen muß.

Aber wenn Papst Brüning gesprochen hat, schweigen alle Wünsche der SPD, werden alle bisher aufgestellten Forderungen in der Wind geschlagen. Wenn der „Vorwärts“ sofort auch in dieser Frage vor seinem höchsten Herrn Kotau macht, so ist das nicht verwunderlich. Aber auch die „linke“ Chemnitzer Volksstimme schreibt:

„Bei unvoreingenommener Betrachtung der Kanzler-Erklärung wird man feststellen, daß Brüning lediglich die Konsequenz aus dem Baseler Sachverständigen-Gutachten gezogen hat.“

In der SPD gibt es keine Gegensätze, wenn es gilt, in die chauvinistische Front einzuschwenken. Otto Wels kennt „keine Richtungen“, Karl Böchel auch nicht mehr, eine Vorstufe für den Tag, an dem ein Höherer „keine Parteien“ mehr kennt? . . .

Von der Lügenfront

Zu einem SPD-Rundschreiben

Aus dem Dresdener Bezirk wird uns gemeldet, daß die SPD in Rundschreiben mitteilt, die SAP habe im ganzen Reich nur 7000 Mitglieder. Wir geben zu, daß diese Zahl für einen bestimmten Bezirk stimmen kann, nicht aber für ganz Deutschland. Nach einer Meldung vor einigen Wochen hatte die SAP allein in Sachsen mehr als 7000 Mitglieder. Diese Zahl dürfte heute bereits weit überschritten sein.

Untersuchungsausschuß über Hakenkreuzterror

In Berlin hat sich im Dezember vorigen Jahres ein überparteilicher Untersuchungsausschuß gegründet, der sich — wie er in seinem ersten Aufruf sagt — zur Aufgabe gestellt hat, „in systematischer Form eine Enquete über die Bluttaten und Ueberfälle der Nationalsozialisten durchzuführen. Die Ergebnisse der Enquete sollen der breitesten Öffentlichkeit vorgelegt werden.“

Der Ausschuß hat seine Arbeit in breitem Umfange aufgenommen und appelliert an die gesamte antifaschistische Öffentlichkeit, ihn in seiner Tätigkeit zu unterstützen. Sein Ruf geht an alle antifaschistischen Vereinigungen und proletarischen Organisationen und alle ihre Mitglieder, an die Opfer des Hakenkreuzterrors, ihre Angehörigen und Hinterbliebenen, an die Redaktionen der Zeitungen und an die Rechtsanwälte, ihm durch Ueberlassung solchen Materials Unterstützung zu gewähren, das bei der statistischen Zusammenstellung der faschistischen Gewalttaten, Terrorisierungen und Provokationen als sachliche Unterlage dienen kann.

Ihre Mitarbeit im Ausschuß haben bisher folgende Persönlichkeiten zugesagt: Prof. Gumbel, Carl v. Ossietzki, Walter Mehring, Erwin Piskator, Leo Lania, Alfred Kerr, Dr. Bruno Frei, Dr. Alfred Apfel, Willi Münzenberg, Dr. Paul Friedländer, Bernard v. Brentano, Alfred Kurella, Ernst Gläser, Dr. Fritz Löwenthal, Graf Stenbock-Fermor, Bert Brecht, Dr. Friedrich Wolf, Heinz Pol, v. Zwehl, Adolf Behne, Ludwig Renn, Maria Reese, Anna Seegers, Prof. Alfons Goldschmidt, Gustav Kiepenheuer, Kurt Kersten, Pfarrer Eckert, Gerhart Pohl, Emil Litten, Dr. Kurt Rosenfeld, M.d.R., Georg Bernhard.

Der Ausschuß bittet um rascheste Unterstützung und baldige Einsendung alles sachdienlichen Materials an die Adresse: Untersuchungsausschuß über Hakenkreuzterror, Bln SW 68, Ritterstraße 75.

In Plauen wird weiter verleumdet

Die „Plauener Volkszeitung“ bringt unter dem Titel „Revolutionäre Moral bei den Sapisten“ Verleumdungen unserer Jugendgenossen in Pommern, die aus dem „Sächsischen Volksblatt“ abgeschrieben sind. Wir haben bereits am 30. Dezember diese Lügen niedriger gehängt, aber das hindert das SPD-Blatt nicht, jetzt darüber zu schreiben: „In der „Sozialistischen Arbeiter-Zeitung“ wird die Echtheit der zitierten Briefe zugegeben und werden die darin empfohlenen Methoden ausdrücklich gebilligt.“

Nicht eine Silbe davon ist wahr.

15 Prozent Lohnabbau in Oberschlesien

Gleiwitz, 11. Januar.

Auf Grund der Notverordnung sind die Löhne bei den ober-schlesischen Eisenhütten vom Schlichter bindend um 15 Prozent gekürzt worden. Die neue Lohnregelung gilt ab 9. Januar bis zum 29. Februar 1932. Sie kann mit einmonatiger Kündigungsfrist erstmalig zu diesem Termin gekündigt werden.

Arbeitslosenrekord in Dänemark

Kopenhagen, 12. Januar.

Die dänische Arbeitslosenzahl beträgt 361, die höchste Ziffer, die jemals in Dänemark verzeichnet wurde.

Polizei mordet

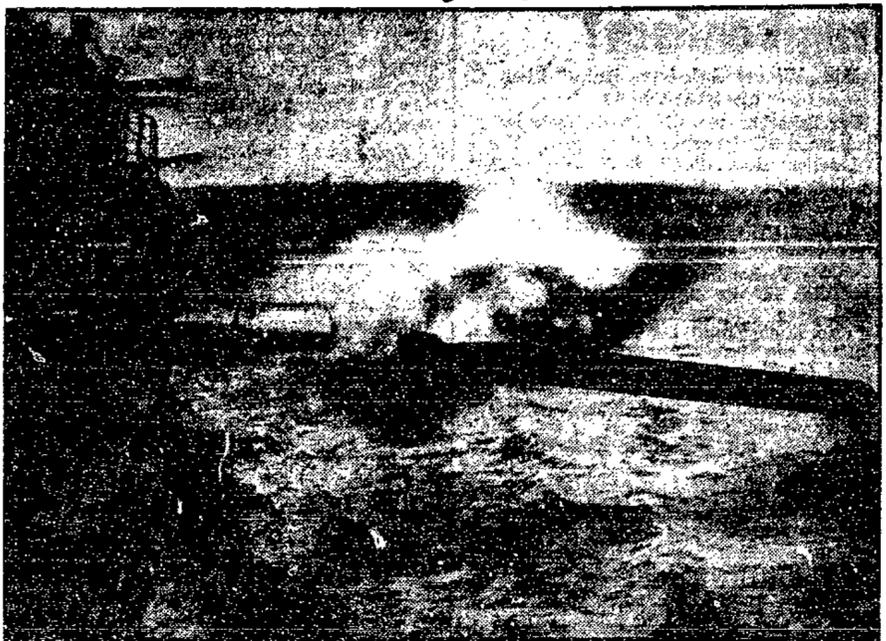
Von einer scheußlichen Mordtat wird aus Rumänien berichtet. An der rumänisch-russischen Grenze in Nord-Bessarabien erschoss die rumänische Gendarmerie sechs Personen, darunter ein Mädchen, die angeblich unerlaubt über die Grenze entfliehen wollten.

Es waren, so sagt der Polizeibericht, „fünf kommunistische Agitatoren und ein Schmuggler“. Tatsächlich waren es sechs junge Juden im Alter von 16 bis 20 Jahren, die zwangsweise an die Grenze verschleppt und dort unschuldig ermordet wurden.

Eine Untersuchung ist von den Behörden zugesagt, aber man weiß ja, wie das geht.

Beneduce in Paris. Der italienische Sachverständige für die Lausanner Konferenz und ehemalige Vorsitzende des Sonderausschusses der BIZ, Beneduce, ist in Paris eingetroffen, um mit den Mitgliedern der französischen Regierung Vorbesprechungen zu führen. Er beabsichtigt auch nach London zu reisen.

Richtung: Genf



Die großen Manöver der australischen Flotte in Hobson-Bay illustrieren den Stand der allgemeinen Weltbefriedung im Zeichen der Abrüstungskonferenzen. Jeder Torpedoschuß ist eine Antwort auf eine Friedensresolution auf dem Papier.

Trotzki und die „Rote Fahne“

Die Wahrheit in authentischen Zitaten:

Trotzki über die Lage in Deutschland

In zwei Broschüren „Soll der Faschismus wirklich siegen?“ und „Wie wird der Nationalsozialismus geschlagen?“ nimmt Trotzki zur gegenwärtigen Lage in Deutschland Stellung. Wir bringen im folgenden daraus einige besonders bemerkenswerte Ausführungen.

Welche Parolen gibt die Komintern zur Bekämpfung des Faschismus in der augenblicklichen Situation aus? Sie vermeidet konkrete Parolen. „Die Komintern aber will nicht, richtiger gesagt fürchtet, sich Rechnung zu legen über den tatsächlichen Charakter der gegenwärtigen Weltlage. Das Präsidium der Komintern behilft sich mit hohlen Agitationsblättern. Die führende Partei der Komintern, die WKP, hat keinerlei Stellung bezogen. Als hätten die „Führer des Weltproletariats“ den Mund voll Wasser genommen! Sie gedenken zu schweigen. Sie gehen daran, sich zu verschanzten. Sie hoffen abzuwarten. Lenins Politik haben sie ersetzt durch die Vogel-Strauß-Politik. Dicht rückt einer jener Knotenpunkte der Geschichte heran, wo die Komintern nach einer Reihe großer, aber immer noch „partieller“ Fehler, die ihre im ersten Jahraünft ihres Bestandes aufgehäuften Kräfte untergraben und erschüttert haben, riskiert, den kapitalen, verhängnisvollen Fehler zu begehen, der die Komintern als revolutionären Faktor für eine ganze historische Epoche von der politischen Karte hinwegfegen kann.“ „Es ist nicht verwunderlich, daß das treubruchige Schweigen der Moskauer Leitung zum Paniksignal der Berliner Führer wurde. Jetzt, wo man rüsten muß, die Massen in den Entscheidungskampf zu führen, bekundet die Leitung der Deutschen Kommunistischen Partei Verwirrung, dreht und wendet sie sich mit Phrasen durch. An selbständige Verantwortung sind diese Leute nicht gewöhnt.“

Da die Kommunistische Partei keine konkreten Parolen für den Kampf gegen den Faschismus gibt, so steigert sie damit objektiv die Passivität der Arbeiterklasse. Trotzki schreibt: „Eine vollendete Theorie in dieser Beziehung haben sie gleichsam noch nicht geschaffen. Aber sie liegt schon in der Luft. Sie wird von Mund zu Mund getragen und schimmert in Artikeln und Reden durch. Der Sinn dieser Theorie ist folgender: Der Faschismus wächst unaufhaltsam; sein Sieg ist ohnehin unvermeidlich; statt sich „blind“ in den Kampf zu stürzen und zerschlagen zu lassen, ist es besser, vorsichtig zurückzuweichen, dem Faschismus anheimzustellen, die Macht zu ergreifen und sich zu kompromittieren. Dann — oh, dann — werden wir uns zeigen.“ „Würde diese Theorie sich in der deutschen Kommunistischen Partei befestigen, ihren Kurs in den nächsten Monaten bestimmen, so bedeutete dies seitens der Komintern einen Verrat nicht geringeren historischen Ausmaßes als der Verrat der Sozialdemokratie vom 4. August, dabei mit noch schrecklicheren Folgen.“

Ein Sieg des Faschismus in Deutschland wäre verhängnisvoll für Sowjetrußland. „Der Sieg des Faschismus in Deutschland würde den unvermeidlichen Krieg gegen die USSR bedeuten.“ „In den letzten Jahren haben die Beamten der Komintern bei allem und jedem Anlaß, manchmal ganz unangebracht, über die der USSR unmittelbar drohende Kriegsgefahr geschrien. Jetzt nimmt diese Gefahr realen Charakter und konkrete Umrisse an... Deutschland ist nicht bloß Deutschland. Es ist das Herz Europas. Hitler ist nicht bloß Hitler. Er ist Kandidat auf den Ober-Wrang. Aber auch die Rote Armee ist nicht bloß die Rote Armee. Sie ist — die Waffe der proletarischen Weltrevolution.“

In seiner zweiten Broschüre „Wie wird der Nationalsozialismus geschlagen?“ nimmt Trotzki eingehend zur Frage der Einheitsfront Stellung. Sie ist die entscheidende Frage heute, das heißt in dem Zeitraum, in dem der Fortschritt der Konterrevolution noch immer schneller vor sich geht als die Sammlung der revolutionären Elemente. Bei Trotzki heißt es: „... in dem am 20. November veröffentlichten Aufruf zur „Roten Einheitsfront“ geht das Zentralkomitee der KPD von dem Gedanken aus, daß man den Faschismus nicht

besiegen kann, ohne zuvor die Sozialdemokratie besiegt zu haben... Läßt sich hoffen, daß die Kommunistische Partei in den nächsten Monaten sowohl die Sozialdemokratie als auch den Faschismus niederwirft? Kein normal denkender Mensch, der lesen und rechnen kann, würde eine solche Behauptung riskieren. Politisch steht die Frage so: Kann man jetzt, im Lauf der kommenden Monate, d. h. beim Vorhandensein einer zwar geschwächten, aber immer noch (zum Unglück) sehr starken Sozialdemokratie, dem Faschismus siegreichen Widerstand leisten? Darauf antwortet das Zentralkomitee verneinend. Mit anderen Worten, Thälmann hält den Sieg des Faschismus für unvermeidlich.“ „Ist Brüning das „kleinere Uebel“? Die Sozialdemokratie unterstützt Brüning, stimmt für ihn, übernimmt die Verantwortung für ihn vor den Massen mit der Begründung, die Brüning-Regierung sei das „kleinere Uebel“. Die gleiche Auffassung versucht die „Rote Fahne“ mir zuzuschreiben — mit der Begründung, daß ich mich gegen die dumme und schändliche Teilnahme der Kommunisten am Hitler-Volksentscheid ausgesprochen habe. Aber haben denn die deutsche Linksopposition und ich im besonderen verlangt, die Kommunisten mögen für Brüning stimmen und ihn unterstützen? Wir Marxisten betrachten Brüning und Hitler mitsamt Braun als verschiedene Teilelemente ein und desselben Systems. Die Frage, wer von ihnen das kleinere Uebel ist, hat keinen Sinn, denn das System, das wir bekämpfen, benötigt alle diese Elemente. Aber diese Elemente befinden sich augenblicklich im Zustand des Konflikts, und die Partei des Proletariats muß diesen Konflikt im Interesse der Revolution ausnützen... Man muß in der Tat die vollkommene Bereitschaft offenbaren, gegen die Faschisten einen Block mit den Sozialdemokraten zu schließen, in allen Fällen, wo sie auf einen Block eingehen. Den sozialdemokratischen Arbeitern zu sagen: „Werft eure Führer beiseite und schließt euch unserer „parteilosen“ Einheitsfront an“ heißt noch eine hohle Phrase zu tausend anderen hinzufügen. Man muß verstehen, die Arbeiter in Wirklichkeit von den Führern loszulösen. Die Wirklichkeit aber ist jetzt — der Kampf gegen den Faschismus... Man muß der Sozialdemokratie den Block gegen die Faschisten aufzwingen... Wahlabkommen, parlamentarische Vereinbarungen, abgeschlossen zwischen der revolutionären Partei und der Sozialdemokratie, dienen in der Regel der Sozialdemokratie. Praktische Vereinbarungen über Massenaktionen, über Kampfziele sind immer zum Nutzen der revolutionären Partei.“

Das sind einige der Grundgedanken aus der zweiten Trotzki-Broschüre.

... und die Entstellung:

Das KPD-Zentralorgan über Trotzki

Wir drucken im weiteren, ohne nur ein einziges Wort wegzulassen, die „Kritik“ ab, die die „Rote Fahne“ an den Broschüren von Trotzki bringt.

Ein Herold der Brüningdiktatur

Die „historische Wahrheit“ des Herrn Trotzki

Die herrschende Klasse schiebt ihre Propagandisten in die Reihen der Arbeiterklasse, um durch eine Propaganda des „kleineren Übels“ die Durchführung der faschistischen Diktatur in Deutschland zu maskieren, zu tarnen und damit eine Zersplitterung der unbesiegbaren Millionenkraft der deutschen Arbeiterklasse zu erreichen. In der Schar der Herolde der Brüning u. Co. hat der Renegat Trotzki die Rolle eines besonders raffinierten Propagandisten übernommen. Im pseudokommunistischen Gewande, in der Maske eines „wohlmeinenden Warners“, aber mit der Tücke eines notorischen Agenten des Sozialfaschismus verleumdet er die Kommunistische Internationale und die Kommunistische Partei Deutschlands.

Trotzki hat vor einiger Zeit eine Broschüre gegen die selbständige proletarische Klassenpolitik unserer Partei veröffentlicht, die er als „Nationalkommunismus“ beschimpfte. In ihr zog er den betrügerischen Vergleich zwischen dem Kampf der Bolschewiki beim reaktionären Kornilowputsch anfangs September 1917, als die Bolschewiki gegen die Menschewiki um die Mehrheit innerhalb der Sowjets dicht vor einer akut revolutionären Situation rangen, als die Bolschewiki im bewaffneten Kampf gegen Kornilow gleichzeitig Kerenski „von der Seite her“ angriffen, mit dem heutigen „Kampf“ Brünings „gegen“ Hitler. Trotzki vertrat damit die Unterstützung der Brüning- und Preußenregierung als „kleineres Uebel“.

Mit Begeisterung konnte das finanzpolitische „Berliner Tageblatt“ damals erklären: „Die Gesetze der Logik und der historischen Wahrheit sind für ihn (Trotzki) und für uns die gleichen.“

Trotzki hat seine „historischen Wahrheiten“ im Klasseninteresse der Großbourgeoisie in einer neuen Broschüre „Soll der Faschismus wirklich siegen?“ fortgesetzt. Auch in ihr nennt er nur die Nazis Faschisten. Der Ausnahmezustand, der diktatorische Lohnabbau, das faktische Streikverbot, das Verbot der Betriebsrätewahlen, das generelle Versammlungsverbot, die praktische Mundtotmachung der legalen Arbeiterpresse in allen proletarischen Kämpfen, die ganze Notverordnungs-diktatur — all das ist für Trotzki kein Faschismus. Das soll unsere Partei tolerieren.

Sie soll ein Stillhalte-Konsortium für Brüning und Severing darstellen.

Trotzki läßt in seiner neuesten Broschüre, im Gegensatz zu seiner vorangehenden, das nur zwischen den Zeilen durchklingen. Er spricht diesmal „nur“ von einem „gewissen objektiven Recht der Sozialdemokratie“, seine (Trotzkis) Kritik auszunützen. Herr Trotzki proklamiert das „objektive Recht“ beispielsweise des Polizeiministers Severing, seine „Argumente“ gegen die KPD auszunützen. Das ist Trotzki's wirkliche Position.

Trotzki unterschreibt unserer Partei, sie vertrete eine Politik: „Es ist besser, vorsichtig zurückzuweichen, dem Faschismus anheimzustellen, die Macht zu ergreifen und sich zu kompromittieren“. Es sei die Politik, „dem Faschismus eine Falle zu stellen, in Form... der Staatsmacht“. Was Trotzki hier der Kommunistischen Partei verleumderisch zuschieben will, das „Heranlassen“ der Nazis an die Regierung, ist in Wirklichkeit die Politik der Tolerierung einer Brüning-Hitler-Koalition, wie sie Breitscheid, Tarnow und der „Vorwärts“ öffentlich vertreten haben. Die Politik unserer Partei ist das direkte Gegenteil; der unversöhnliche schärfste Kampf um jeden Schritt Boden, auf dem der Faschismus vordringen und seine Diktatur weiter durchführen will.

Die Politik unserer Partei macht allerdings keine Konzessionen an den Schwindel, der Faschismus drohe erst mit einer Regierungsteilnahme Hitlers und die Brüning-Regierung sei ein klassenmäßiger Gegensatz zu einer Hitler-Regierung. Die Regierung Brüning ist die Regierung der Bourgeoisie. Die Nazis sind die größte faschistische Kampforganisation der Bourgeoisie. Wir stellen auch den Kampf gegen die Nazis als eine Stärke der Klassenkraft der Arbeiter, des zähen sofortigen Kampfes gegen jeden einzelnen sozialen und politischen Angriff der Bourgeoisie, der strategischen Frontstellung gegen die Brüning-Groener als die Hauptfront der kapitalistischen Diktatur.

Trotzkis „Theorien“ sind das schlechteste Gift des Bündnisses mit den Notverordnungs-politikern. Trotzki's „Fingerzeige“ sind Wege zur Selbstentmannung des deutschen Proletariats.

Das Leitziel für die Politik unserer Partei ist die Entfaltung der unüberwindlichen Kraft der deutschen Arbeiterklasse in Zehntausenden von Betrieben, an Zehntausenden von Stempelstellen in Deutschland. Die Aufgabe der Kommunistischen Partei ist es, die von der Bourgeoisie geführte rote Einheitsfront der Arbeitermillionen zu schaffen. Nicht nur die Banden Hitlers, sondern jede kapitalistisch-faschistische Politik wird von dieser Klassenkraft des Proletariats, die alle ausgebeuteten werktätigen Schichten führt und in ihre Kampffront einreicht, besiegt werden.“

Wie kämpft die KPD gegen Faschismus?

Von Fritz Sternberg

Der Weihnachtsfrieden ist beendet. Der Lohnraub durch die neue Notverordnung macht sich stärker im Arbeiterhaushalt fühlbar. Das Tempo in der Verschärfung der Krise nimmt zu, damit das Tempo in der Verschärfung der politischen Krise. In den nächsten Monaten wird der Kampf gegen den Faschismus in ein entscheidendes Stadium treten. Mit allem Nachdruck muß betont werden, daß der Kampf gegen Hitler ein Kampf vor der Machtergreifung sein muß. Gerade weil der Faschismus die Krise des Kapitalismus nicht liquidieren sondern vertiefen wird, gerade weil er so wirtschaftlich „unwirtschaftlich“ wird, muß er, wenn er an der Macht bleiben will, die Arbeiterorganisationen restlos zerstören, muß er zum brutalsten Terror greifen. Sämtliche Wahlresultate haben gezeigt, daß den Nazis der Einbruch in die „marxistische“ Front nicht geglückt ist. Vierzig Prozent der Wähler blieben den Arbeiterparteien treu. Vor allem ist den Faschisten der Einbruch in die Betriebsarbeiterfront nicht geglückt. Bei den Betriebsrätewahlen bekamen die Nazis nur etwa 0,5 Prozent der Mandate, also eine ganz verschwindende Minorität.

Gerade weil die Nazis ökonomisch abwirtschaften werden, abwirtschaften müssen, dürfen sie für das Monopolkapital nicht politisch abwirtschaften, gerade weil sie dann ihren Masseneinfluß nicht behalten werden, nicht behalten können, denn die Millionen der Mittelschichten werden ihnen weglaufen — gerade darum dürfen keine gegnerischen Organisationen vorhanden sein, die diese Millionen auffangen. Gerade weil der Nationalsozialismus der Degen des Monopolkapitals ist, muß sein Terror nach der Machtergreifung stärker werden, muß er dahin tendieren, die gesamten gegnerischen Organisationen, die gesamten Arbeiterorganisationen zu zerschlagen. Und es muß ausdrücklich betont werden, daß der Terror dann weit grauenvoller sein wird als in Italien. Die Kampffront gegen Hitler muß vor der Machtergreifung geschlossen werden. Wie sind dafür die Voraussetzungen?

Die Voraussetzungen sind zur Zeit durchaus nicht günstig. Der Hauptgrund dafür ist, daß die reformistischen Illusionen, die letzthin zur Tolerierung des Lohnraubs in der neuen Notverordnung geführt haben, die passiven Strömungen in der Arbeiterklasse außerordentlich verstärken. Auf der anderen Seite trägt die ultralinke Taktik der Kommunistischen Partei in Deutschland ein gerütteltes

Maß Schuld daran, daß dem immer konzentrierteren Angriff des Monopolkapitals, daß dem immer offeneren terroristischen Angriff des Faschismus keine Einheitsfront des Proletariats gegenübersteht. Die Kommunistische Partei hat durch ihre ultralinke Gewerkschaftstaktik ihrer früher einmal bedeutenden Einfluß fast völlig verloren. Sie wird ihn durch die heutige halbe Wendung, daß man neben der Arbeit in der RGO die Arbeit an der innergewerkschaftlichen Front nicht vernachlässigen darf, nicht wiedergewinnen. Die Kommunistische Partei hat nicht nur ihren Einfluß in den Gewerkschaften fast völlig verloren, sie hat durch die ultralinke Streiktaktik sich auch immer stärker von den Betriebsarbeitern isoliert. Die Betriebsarbeiterschaft ist die entscheidende Truppe im Kampf gegen den Faschismus.

Die Kommunistische Partei weiß, daß auf die Parole der KPD die Betriebsarbeiter nicht in den Kampf gehen werden. Die Kommunistische Partei weiß, daß sie allein viel zu schwach ist, um den Faschismus zu schlagen. Nur dann, wenn die gesamte Arbeiterklasse in den Kampf gegen den Faschismus geführt wird, kann er geschlagen werden. Nur dann, wenn die gesamte Arbeiterschaft gegen den Faschismus kämpft, kann eine revolutionäre Einheitsfront geschaffen werden.

Wenn die Kommunistische Partei aber die Parole der Einheitsfront ausgibt und gleichzeitig erklärt: „Unter Führung der Kommunistischen Partei“, dann sabotiert sie in Wirklichkeit die Einheitsfront, bevor sie auch nur in kleinstem Ausmaß geschaffen wird, dann unterstützt sie damit objektiv den Faschismus, da sie die Schaffung einer Einheitsfront gegen den Faschismus verhindert. Die Kommunistische Partei fühlt sich nicht wohl in ihrer Haut. Die ultralinken Fehler rächen sich. Sie kann die deutschen Arbeiter nicht mehr über den minimalen Einfluß in den Betrieben hinwegtäuschen. Was tut die Kommunistische Partei? Sie verleumdet ihre Kritiker. Wir haben auf der gleichen Seite der SAZ zum Beleg einige Sätze aus den letzten Broschüren von Trotzki abgedruckt und dazu, wir betonen das ausdrücklich, ohne ein einziges Wort wegzulassen, die Kritik an Trotzki in der „Roten Fahne“. Wir identifizieren uns nicht mit jedem Satz Trotzki's; aber jeder revolutionäre Arbeiter wird zugeben, daß Trotzki in vielen Punkten recht hat, wird zugeben, daß die augenblickliche

Situation ungeheuer ernst ist, und daß es nicht mehr an der Zeit ist, rechthaberisch eine falsche Politik durchzusetzen, weil man nicht den Mut zur Anerkennung seiner Fehler hat. Wenn die „Rote Fahne“ der Ansicht gewesen ist, daß die Ansichten Trotzki's falsch sind, dann hätte sie diese falschen Sätze zitieren, sachlich behandeln und widerlegen müssen. Das tut sie nicht, sondern sie täuscht die kommunistischen Arbeiter über den wirklichen Inhalt der Broschüren hinweg. Daß die „Rote Fahne“ den wirklichen Inhalt der Trotzki'schen Broschüren umlügt, um dagegen politisieren zu können, zeigt, wie unterhölt ihre Stellung ist. Kommunistische Arbeiter, laßt euch diese verlogene Stellung eures Zentralorgans nicht gefallen. Verlangt, daß ihr sachlich unterrichtet werdet, verlangt von euren Führern, daß, wenn sie die Parole der Einheitsfront ausgeben, sie sie nicht gleichzeitig durch falsche Parolen sabotieren.

In den nächsten Monaten muß der Entscheidungskampf kommen. Nur die rote Einheitsfront kann den Faschismus besiegen. Die rote Einheitsfront kann nicht unter der Führung einer bestimmten Partei geschaffen werden. Und wenn die Kommunistische Partei heute erklärt, der entscheidende Kampf gehe gegen die Sozialdemokratie, gegen den Sozialfaschismus, dann verhindert sie die Einheitsfront. Nur im Bunde mit den sozialdemokratischen Arbeitern kann die Einheitsfront geschaffen werden. Und dieser Bund kann nicht organisiert werden, wenn man vorher von den sozialdemokratischen Arbeitern verlangt, daß sie Kommunisten werden. Eine Einheitsfront mit den sozialdemokratischen Arbeitern kann nur geschaffen werden unter Parolen, für die sie bereits heute bereit sind einzutreten. Solche Parolen sind „Kampf gegen den Faschismus“, „Kampf gegen den Lohnraub“, „Kampf gegen die Beseitigung des Tarifrechts.“ Nur in diesem Kampf kann die rote Einheitsfront geschaffen werden.

Die Weltgeschichte hat augenblicklich ihr Zentrum in Deutschland. In Deutschland wird entschieden, ob die Konterrevolution, ob der Faschismus, ob die Barbarei einen entscheidenden Schritt nach vorwärts macht, oder ob die Revolution ein neues Glied der Kette durchbricht. Die Sozialistische Arbeiter-Partei ruft mit ihren Parolen die sozialdemokratischen und die kommunistischen Arbeiter, die ruhig ihr Parteibuch behalten sollen, die Gewerkschaften und die gesamte Arbeiterklasse zum Kampf um die rote Einheitsfront auf.

Tragikomisch?

Die „Wiener Arbeiterzeitung“ über die SPD-Politik

Der Schacher um die „parlamentarische“ Wiederwahl Hindenburgs ist erledigt. Ueber die klägliche Rolle, die die SPD dabei gespielt hat, läßt sich — wie immer sehr zurückhaltend — die „Wiener Arbeiterzeitung“ vom 10. 1. also noch während der Verhandlungen folgendermaßen aus:

„Die Verhandlungen sind im Gang. Sie bedeuten für die deutsche Sozialdemokratie eine neue schwere Belastungsprobe: verstrickt in die Tragik der Tolerierungspolitik, hilft sie die Machtpositionen verteidigen, die nicht die ihren sind. Sie duldet die Diktatur Brüning, um die Diktatur Hitlers zu verhindern. Sie stützt Hindenburg gegen Hitler — und gerät dabei in die tragikomische Lage, mit Hitler für Hindenburg zu stimmen.“

Vielleicht überwiegt für die Wiener die Komik. Für den deutschen Proletariat überwiegt die Tragik.

Die „starke Faust“ in Indien

Rajendra Prasad, der am 5. Januar nach seiner Wahl zum Präsidenten des Nationalkongresses verhaftet worden war, ist zu einem halben Jahr schweren Kerkers verurteilt worden.